

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Steigend: 4,50 Mk. monatlich, 1,50 Mk. frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postamt abgeholt 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.— Mk. für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,80 Mk. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Burenland, Schweden und die Schweiz. Einzelnummern in die Postbestellungs-Verträge. **Ersteinst täglich.**

**Telegramm-Adresse:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die festgelegte Anzeigenpreisliste 80 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Bg. (ausführlich festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 15 Bg. Kleinanzeigen und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzerungsgebühr 20 Bg. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Beiträge • Kränzchen 60 Bg. die Seite. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von S. Fischer bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 25. Juni 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Morikoplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Morikoplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung

## Rühlmann über die deutschen Kriegsziele.

Aus der Rede des Staatssekretärs v. Rühlmann, die in der gestrigen Reichstags-Sitzung einen Erfolg für die nicht gehaltene Stanzparole bildete, wird zum mindesten ein Satz eine weit über den Tag hinausgehende Bedeutung behalten. Der Staatssekretär sprach die Notwendigkeit aus, daß zur Beendigung des Krieges ein Gedankenaustausch eingeleitet werden müsse und betonte dabei, daß ohne solchen Gedankenaustausch bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende nicht erwartet werden könne.

Der Staatssekretär sprach diesen Satz aus, während der Reichskanzler und Vizekanzler neben ihm auf der Regierungsbank saßen. Man darf daher annehmen, daß diese Worte nicht nur seine Privatmeinung, sondern die Meinung der gesamten deutschen Regierung darstellen. Man darf weiter annehmen, daß die deutsche Regierung mit dieser Meinung nicht an die Öffentlichkeit getreten ist, ohne vorher die Ansicht der maßgebenden militärischen Stellen über diesen Punkt eingeholt zu haben.

Auf der rechten Seite des Hauses, wo die unzulässigen Anhänger der Annexionen sitzen, bemerkte man bei den Worten des Staatssekretärs ein Aufzucken, ein Zusammenfahren, wie man es bei Deuten erlebt, denen plötzlich mit rauher Hand eine Illusion zerstückt wird, in die sich ihr ganzes Denken eingesponnen hat. Für sie bedeuten diese Worte wohl die Verkrümmung ihrer Traumschlösser, die Ernüchterung aus dem Traumel, in den sie sich verjagt haben.

Nicht so für die Masse des deutschen Volkes. Für sie hat Herr v. Rühlmann nur das ausgesprochen, was jeder längst gewußt hat. Die Alldeutschen werden jetzt Peter und Paulus schreiben, daß Herr v. Rühlmann die Stimmung und den Siegesglauben geschädigt habe. Das gilt aber nur für ihre eigenen überhöhten Köpfe. Das Volk in seiner großen Mehrheit hat sich durch die alldeutschen Schwertbräuen niemals beneheln lassen, sondern den Laifachen kühl und nüchtern ins Auge geschaut und gerade aus dieser sachlichen Abschätzung der Dinge seine bewundernswürdige Kraft und Energie gewonnen.

Die Worte des Herrn v. Rühlmann sind der beste Beweis dafür, wie notwendig und richtig die Arbeit der Verständigungsfreunde gewesen ist, wie wenig man die Reichstags-Resolution vom 19. Juli 1917 als „überholt“ und „gegenstandslos“ bezeichnen kann. Für die Klarheit und Offenheit, mit der er ausgesprochen hat, daß dieser Krieg nur durch Verständigung zu beenden ist, gebührt ihm volle Anerkennung.

Freilich muß, wer eine solche Wahrheit ausspricht, auch an ihre Konsequenzen denken. Ist es richtig, daß nur Verständigung zum Frieden führen kann, dann muß auch jeder Weg beschritten werden, um die Verständigung herbeizuführen, dann muß alles getan werden, um der nutzlosen Fortdauer des Wütens Einhalt zu tun, und nicht noch Millionen Menschen für ein Ziel bluten zu lassen, das in einem Jahre nicht anders aussehen wird als heute.

Herrn v. Rühlmanns Rede war in ihrem sachlichen Inhalt gewiß nicht gegen eine beschleunigte Herbeiführung der Verständigung gerichtet. Mander Satz kann als größter oder kleinerer Fortschritt auf dem Wege des Entgegen- und Sich-näherkommens bezeichnet werden. Die Worte, mit denen Herr v. Rühlmann das Kriegsziel Deutschlands und seiner Verbündeten umriß, waren in mancher Beziehung deutlicher als die früherer Regierungskundgebungen. Den von der Sozialdemokratie aufgestellten und als billig betrachteten Kriegs- und Friedenszielen kommen sie sehr nahe. Die unbedingte Anerkennung des Gebietsstandes Deutschlands und seiner Verbündeten ist auch für die Sozialdemokratie selbstverständliche Voraussetzung des Friedensschlusses. Die Freiheit der Meere und des Handels ist auch für die deutsche Arbeiterschaft von höchster Wichtigkeit. Und was die Kolonien anbetrifft, so verlangen auch wir die Rückgabe der besetzten Kolonien an Deutschland, und Genosse David hat erst unlängst an dieser Stelle ausgeführt, daß auch nichts dagegen einzumenden wäre, wenn im Wege friedlichen Uebereinkommens eine Abrundung oder Umlagerung des Kolonialbesitzes erzielt würde.

Freilich erscheint es uns etwas weitgehend, diese Sätze des Staatssekretärs, wie es Graf Westarp in beabsichtigter Uebertreibung tat, als ein neues Friedensangebot zu bezeichnen. Sie wurden allerdings unterstützt durch eine Reihe von Ausführungen, die direkt an die Adresse des Gegners gerichtet schienen. Dahin rechnen wir die sehr bestimmte Versicherung des Staatssekretärs, daß Deutschland nie-

### Der Montello und Stellungen rechts der Piave geräumt — Gesteigerte Gefechts-tätigkeit an Ancre und Avre.

Berlin, 24. Juni 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kampfzonen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. Juni 1918. (W. T. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. An der Ancre und Avre blieb die Gefechts-tätigkeit tags-über gesteigert. Am Abend lebte sie auch in anderen Abschnitten der Kampfzonen auf. Während der Nacht rege Erkundungstätigkeit.

Ostlich von Sabonviller drangen Sturmtruppen in amerikanisch-französische Gräben ein, fügten dem Feinde schwere Verluste zu und brachten 40 Gefangene zurück.

Leutnant Udet erzwang seinen 31. und 32., Oberleutnant Köhling seinen 20. und 21. Luftsteg.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

#### Der österreichische Bericht.

Wien, 24. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Die durch Hochwasser und Witterungsunbill entstandene Lage veranlaßte uns, den Montello und einige Abschnitte anderer auf dem rechten Piave-Ufer erlängten Stellungen zu räumen. Der hierzu schon vor vier Tagen erteilte Befehl wurde trotz der mit dem Uferwechsel verbundenen Schwierigkeiten so durchgeführt, daß dem Gegner unsere Bewegungen völlig verborgen geblieben sind. Mehrere der bereits geräumten Linien waren gestern das Ziel starker italienischer Geschützfeuer, die sich stellenweise bis zum Trommelfeuer steigerte. Auch feindliche Infanterie ging gegen die von uns verlassenen Gräben zum Angriff vor; sie wurde durch unsere Fernbatterien zurückgedrängt.

Der Chef des Generalstabes.

Rom, 24. Juni. Das Oberkommando teilt mit: Dem Montello bis zum Meere ist der Feind geschlagen und geht, von unseren kühnen Truppen verfolgt, in Unordnung über die Piave zurück.

mal nach einer Herrschaft über Europa, geschweige denn nach einer Welt-herrschaft gestrebt habe oder streben werde. Ferner die energische Verwahrung, die Herr v. Rühlmann im voraus gegen etwaige Versuche des feindlichen Chauvinismus einlegte, seine Rede als „Friedensoffensive“, als Falle, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, auszuliegen. Schließlich auch die Art, wie Herr v. Rühlmann die Frage der Kriegsschuld behandelte.

Aber ein neues Friedensangebot war es trotzdem nicht. Der Staatssekretär hat selber sehr ausdrücklich erklärt, daß beim jetzigen Stande der Entwicklung von öffentlichen Erklärungen, die sich die Staatsmänner gegenseitig von den Rednertribünen aus zurufen, ein wirklicher Fortgang nicht mehr zu erwarten ist. Er hat damit anerkannt, daß eine andere direktere Form der Verhandlungen gefunden werden müsse.

Trotzdem hat Herr v. Rühlmann mit dem nächsten Atemzug das getan, was er eine Sekunde vorher für zwecklos erklärt hatte. Er hat sich den rednerisch ganz hübschen Scherz erlaubt, Herrn Asquith mit dessen eigenen Worten zu erwidern. Sehen wir aber, was praktisch dabei herauskommt. Asquith hat am 16. Mai erklärt, wenn ein Antrag an die britische Regierung gestellt würde, würde er nicht an das Ohr eines Tauben klopfen. Herr Rühlmann erklärt für die deutsche Regierung dasselbe. Wir sehen die beiden Staatsmänner damit in der Pose der beiden überhöhten Herren, die sich vor der offenen Tür gegenseitig befomplimentieren: „Bitte nach Ihnen“ — „Bitte nach Ihnen“, mit dem Erfolge, daß beide vor der Tür stehen bleiben und keiner hindurchgeht.

Es ist doch ein fast verwerflicher Zustand, wenn jede der feindlichen Regierungen sich bereit erklärt, Erklärungen entgegenzunehmen, und es nun auf die andere schiebt, den Anfang zu machen. Aus dieser peinlichen und lächerlichen Situation muß die Diplomatie herauskommen, und hier

bedauern wir, daß die Rede des Herrn v. Rühlmann keinen Fingerzeig gegeben hat, wie dieser Situation ein Ende zu machen sei. Wie gesagt, die Rede war kein Hindernis der Verständigung, in vielen sogar die entscheidende Tat, um die Verständigung in Gang zu bringen. Es fehlte ihr ein Reiztes, ein Hiniausgehen aus der üblichen Diplomatenzurückhaltung, ein Uebergang zu so bestimmten und konkreten Worten, als ob man bereits am Verhandlungstisch säße.

Gewiß hat Herr v. Rühlmann über die Friedensziele deutlich gesprochen als über die Ostfragen, wo es sein Verbleiben war, die tatsächlichen Schwierigkeiten und Unerquicklichkeiten mit hochtönenden diplomatischen Fachausdrücken in s Wesenlose wegzustilisieren. Aber man hatte doch den Eindruck: es hätte noch eine scharfe Nuance bestimmter sein müssen.

Wir verkennen die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht. Sie liegen vor allem darin, daß die Gegenseite ihren angeleglichen Verständigungswillen durch Kundgebungen entgegen-gesetzten Inhalts immer wieder in ein sehr zweifelhaftes Licht setzt. Die Geneigtheit, vernünftige Erklärungen entgegenzunehmen, erscheint bei den englischen Staatsmännern immer im Rahmen der Drohung, den Krieg bis zum Siege fortzuführen. Aber das darf kein Hindernis sein. Ist die Versicherung der englischen Staatsmänner Heuchelei, so bedeutet ein bestimmtes Friedensangebot deren Entlarvung, ist sie ernst, den Frieden, in jedem Falle also einen Nutzen, keinen Schaden.

Wer wie Herr v. Rühlmann den Weg der Verständigung als den einzig möglichen erkannt hat, um zum Frieden zu kommen, der muß ihn auch ohne Scheu und ohne Abwege bis zu Ende schreiten.

### Der Sturz des Kabinetts Seidler.

#### Die Schwierigkeit des Auswegs aus der Krise.

Der Kaiser hat an den Ministerpräsidenten v. Seidler ein sehr freundliches Handschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Sie haben mit Hinweis darauf, daß unter den gegebenen Verhältnissen keiner Regierung die Bildung einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht möglich ist, die im Namen des Gesamtkabinetts die Bitte um Enthebung vom Amte unterbreitet. Da es keine Aussicht ist, unter un-erbrüchlicher Festhaltung des vertrauensvollen Verhältnisses zu jenen Parteien, die auch bis-her unbedingt für das Staatsinteresse einge-treten sind, zunächst alle Möglichkeiten zu prüfen, wie die Erlebigung der öffentlichen Angelegenheiten auf parlamentarischem Wege gesichert werden könnte, behalte ich mir die Entscheidung über Ihre Demissionsgesuch vor und betraue Sie mit der ein-stweiligen Weiterführung der Geschäfte.“

Die Antwort des Kaisers hebt die Unmöglichkeit der Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus hervor und bekundet dadurch das Mißtrauen in die Erklärungen des Polenklubs, der seine Bereitwilligkeit zur Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten erklärte, aber die Entfernung des Kabinetts Seidler verlangte. Ferner wird mit deutlicher Spitze gegen Tscheden und Südslaven demonstrativ Wert gelegt auf die „unverbrüchliche Festhaltung des vertrauensvollen Verhältnisses zu jenen Parteien, die auch bisher unbedingt für das Staatsinteresse eingetreten sind“. Da die Krone die Deutschbürgerlichen als Regierungspartei nicht missen will, die Deutschbürgerlichen aber Herrn v. Seidler als Nationalheiligum anrufen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß Herr v. Seidler bleibt, die Bildung eines starken Koalitionskabinetts auf tragfähiger Grundlage unterbleibt und das in den ersten Kriegsjahren in Verruf geratene Notverordnungsrecht wieder glorreiche Auferstehung feiert.

Aber ein Regime mit dem § 14 ist in dieser Zeit sozialer und nationaler Hochspannung immerhin ein Wagnis, das im allgemeinen Interesse am besten unterbleibe. Es wird daher auch in einigen österreichischen Blättern die Hoffnung auf Bildung eines Uebergangskabinetts ausgesprochen. Damit wäre der Stein des Anstoßes — Herr v. Seidler — be-seitigt und die ihn bekämpfenden Parteien würden zur Rettung des für sie selbst unentbehrlichen Parlaments die Staatsnotwendigkeiten bewilligen. So unerquicklich die Anwendung eines solchen Verlegenheitsmittels ist, so ist es doch vielleicht die einzige Art, das festgefahrene Staatsschiff unter Wahrung der Rechte des Volks auf sein Parlament flott zu machen.

Nach einer Wiener Meldung des „N. N.“ soll in Wien „ziemlich allgemein“ davon gesprochen werden, daß der Eisenbahnminister Panhans als Vertrauensträger sämtlicher Parteien des Hauses an die Spitze des neuen Ministeriums treten wird, das als ein Uebergangskabinetts gedacht ist.

## Das Programm der neuen bulgarischen Regierung.

Sofia, 24. Juni. Die endgültige Zusammenziehung des Kabinetts Malinoff weist folgende Ministerliste auf: Ministerpräsident und Minister des Äußeren Alexander Malinoff, Minister des Innern Tasseff, Finanzminister Ljaptscheff, Justizminister Jaberuschki, Unterrichtsminister Kosturkoff, Kriegsminister Generalleutnant Sawoff, Handelsminister Professor Danailoff, Ackerbauminister Madjaroff, Sautenminister Mufkanoff, Eisenbahnminister Wolloff.

Der neue bulgarische Ministerpräsident M. Malinoff hat sich zu einem Mitarbeiter der „Deutschen Balkanzeitung“ über das politische Arbeitsprogramm seiner Regierung ausgesprochen. Voran steht ein Bekenntnis zum Bündnis mit den Mittelmächten:

„Bezüglich der äußeren Politik wird die Regierung keine anderen Ziele verfolgen als diejenigen, die auf den Schlachtfeldern von bewaffneten bulgarischen Völkern auf der Seite mit seinen ruhmvollen Verbündeten festgelegt sind. Wir begannen den Krieg mit unseren Verbündeten, wir werden ihn auch mit ihnen beenden, seit überzeugend, daß man mit gegenseitiger Unterstützung zu einem ehrenvollen Frieden gelangen wird.“ Da die Regierung auch das Vertrauen der Völkervertreter brauche, beabsichtige sie in verhältnismäßig kurzer Zeit die Kammer zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. „Das neue Ministerium geht, trotzdem es nur aus zwei Parteien zusammengesetzt ist, aus dem Oppositionsblock hervor. Aus diesem Grunde hat es die volle Unterstützung aller Oppositionsparteien und hofft auch auf die Unterstützung der anderen Parteien, da es sich nicht um Parteinteressen, sondern um das Wohl Bulgariens handelt.“

Die neue Regierung hat sich bezüglich der inneren Politik folgende Aufgaben gestellt:

1. Die Hebung der Autorität des Gesetzes, damit im ganzen bulgarischen Volke der Glaube gefestigt werde, daß die neue Regierung nur die Interessen des Landes und die Interessen seiner Söhne berücksichtigen wird, die auf den Schlachtfeldern ihr Blut für das Vaterland vergießen; 2. die neue Regierung wird alle Mühen in Bewegung setzen, damit die wirtschaftlichen Probleme, die durch den Krieg hervorgerufen sind und durch die Kriegsjahre schwieriger wurden, befriedigend gelöst werden. An erster Stelle sollen die Fragen der Ernährung und der Bekleidung Berücksichtigung finden. Diese beiden Punkte sind die wichtigsten des Programms der Regierung in der inneren Politik.“

Malinoff fügte hinzu, die Regierung werde außerdem „nicht darauf verzichten, einige Reformen von sozialem Charakter durchzuführen“. Es müsse jedoch gesagt werden, daß sie ihr Amt in den heutigen schweren Zeiten nicht übernommen habe, um ihr Parteiprogramm zu realisieren, sondern um die oben genannten Aufgaben zu lösen.

## Konferenz mit Vandervelde?

Das „Journal du Peuple“ will nach einer Genfer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Vandervelde im Haag mit Vertretern der Deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zusammentreffen wolle. Die österreichischen Delegierten hätten die Einladung Vanderveldes angenommen, die Antwort der Deutschen sei noch nicht bekannt. Wir können dazu bemerken, daß dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie von einer solchen Einladung durch Vandervelde nichts bekannt ist.

Im „Populaire“ erklärt Longuet, die Unterredung Troelstras mit den deutschen und österreichischen Sozialisten sei ein bedeutender Schritt zur internationalen Verständigung.

## Branting in London.

Amsterdam, 24. Juni. Reuter meldet aus London: Der schwedische Sozialistenführer Branting ist in London angekommen, um an der Arbeiterkonferenz teilzunehmen.

## Ein Reuterstückchen zur Bahverweigerung.

Amsterdam, 24. Juni. Reuter meldet aus London: Mit Bezug auf die Einladung Troelstras, der Arbeiterkonferenz in London beizuwohnen, hat der Präsident des Verbandes englischer Seemannen, David Wilson, in einer gestern mittig in London abgehaltenen Versammlung mitgeteilt, daß bei dem Verband folgendes Telegramm aus Rotterdam eingelaufen sei: Troelstra kommt nicht; die Seemannen wollten ihn nicht ausfahren lassen. Wilson sagte weiter, dieser Vorfall der holländischen Seemannen sei ein neues und treffendes Beispiel für die Politik, mit der die Seemannen der alliierten und neutralen Länder verfahren, die Deutschen zu bestrafen. In Holland ist von einem derartigen Vorfall der niederländischen Seemannen nichts bekannt.

Diese Nachricht ist so dummdreist hingeseht, daß sie von A bis Z auf Reuters Klappe abzuladen sein dürfte. Die ganze Wäre wird vermutlich deshalb in Umlauf gebracht, um der Bahverweigerung gegen Troelstra ein Versteck zu verschaffen, das sie der breiten Öffentlichkeit ein wenig aus den Augen rückt. Denn der Eindruck der Maßregel in England ist ein schlechter, wie Hendersons gestern mitgeteilte Äußerung erkennen läßt.

## Warnruf der englischen Arbeitminister.

London, 23. Juni. Acht Arbeitermitglieder der Regierung, Barnes, Hodge, Roberts, Pace, Clynnes, Walsh, Wardle und Parker erstehen eine Rundgebung, in der sie mit Bezug auf den früher nicht vorhandenen Einfluß, der durch die Arbeiter in den beratenden Versammlungen der Nation während des Krieges ausgeübt wird, sagen: Die Arbeiter mühten manchmal im Widerspruch zu ihren eigenen Neigungen stimmen, aber dies ist eine Bedingung der Koalition. Die Regierung und ihre Kollegen, die zu einer anderen Partei gehören, haben dasselbe getan, weil alle ihre persönlichen und Parteizwänge hinweggesetzt haben. Nichtsdestoweniger sind in den letzten drei Jahren demokratische Reformmaßnahmen in größerem Umfang angenommen worden, als zu irgendeiner früheren Zeit in der Geschichte des Landes. All dies ist durch den Stillstand in dem politischen Kampf zustande gekommen und durch das Zusammengehen der politischen Parteien in der gemeinsamen Sache. Die Minister erklären jedoch, daß es ihnen schwer gemacht worden ist durch die unablässige Hege ständischer nationalistischer Eigendrücker, die sich das Recht nehmen, für die Arbeit zu sprechen und die versuchen, die Nation in sich bekämpfende politische Gruppen zu teilen. Daher hegen die Minister den Wunsch, einen Warnungsruf auszustößen, weil von dem Volke Englands die Zukunft und die Freiheit der Welt in höchstem Maße abhängt. Unsere Seemacht unsere großen Erzevorräte und

die finanziellen Hilfsmittel, so gut wie die Tapferkeit unserer Männer im Felde haben einen großen Anteil an der Aufrechterhaltung des Kampfes gegen den deutschen Angriff gehabt und müssen dies auch weiterhin tun! Es ist daher offensichtlich von höchster Wichtigkeit, daß die nationale Einheit aufrechterhalten wird. Auch nur der Ansehens von Schwäche würde bei unseren Alliierten die unangenehmste Wirkung hinterlassen. Daher ist eine gewaltig erhöhte Last auf uns und die anderen Alliierten gefallen. Amerika, das glücklicherweise seine Streitkräfte mobilisiert, wird zur rechten Zeit das Gleichgewicht wiederherstellen. Inzwischen wird es mehr als je nötig sein, zerschenden Einflüssen die Stirn zu bieten und unseren Entschluß zu erneuern, treu zu sein unserer Aufgabe und denjenigen, die zu Land und zu Wasser für uns leiden.

Amsterdam, 24. Juni. Telexmeldung: Reuter hebt in einem Telegramm die außerordentliche Bedeutung des Manifestes der Arbeiterminister hervor. Der besondere Wert dieser Vereinbarung erbellt, wenn man berücksichtigt, daß sie gerade am Voreabend der Arbeiterkonferenz veröffentlicht wurde, auf der die Pazifisten eine Resolution zur Aufhebung des Burgfriedens einbringen werden. Die Annahme der Entschließung würde die Lage der Arbeiterminister unhaltbar machen, da sie in diesem Falle aus der Regierung treten oder sich weigern müßten, dem Antrag ihrer Partei Folge zu leisten. Ueberdies werden Hodge, Barnes und Roberts von einer in ihren Wahlkreisen sich immer deutlicher zeigenden Arbeiteropposition bedroht.

## Das polnische Landtagswahlgesetz.

### Ein Einwand des Generalgouverneurs.

Warschau, 24. Juni. Dem polnischen Staatsrat wurden zur Beratung vorgelegt ein Gesetz betreffend den polnischen Landtag und Wahlordnungen dazu, ein Wehrgesetz, Gesetz betreffend die Organisation der inneren Verwaltung sowie der Finanzbehörden und ein Gesetz betreffend die Leiter von Bauarbeiten. Die zur Behandlung aller dieser Gesetze im Staatsrat nach der Septemberverordnung erforderliche Zustimmung der Okkupationsmächte ist erteilt, die Entwürfe waren aber den Okkupationsmächten so spät vorgelegt, daß die sachliche Prüfung nicht mehr möglich war. Die Geltendmachung von Einwendungen wurde daher deutscherseits für den Lauf der Beratungen ausdrücklich vorbehalten. Bezüglich des Gesetzes über den polnischen Landtag und die Wahlordnung brachte der Generalgouverneur besonders zum Ausdruck, daß die Entwürfe in ihrer vorliegenden Form die über das ganze Land verstreute deutschstämmige Bevölkerung Polens von jeder parlamentarischen Vertretung ausschließen, und daß er deshalb erwarte, daß es im Einvernehmen mit der polnischen Regierung und dem Staatsrat möglich sein werde, in den kommenden Beratungen die Entwürfe so umzugestalten, daß auch der deutschstämmigen Minderheit in Polen eine parlamentarische Vertretung gewährt wird.

## Die Verhandlungen mit dem ersten polnischen Korps.

Kiew, 22. Juni. „Golos Kiewa“ erzählt, daß die Verhandlungen der deutschen Militärbehörden mit den polnischen Generalen Sombor-Rudanski und Korciak ergebnislos verlaufen sind. Die polnischen Generale lehnten die erste Bedingung: Waffenbrüderschaft mit den deutschen Truppen, ab. Daher wird die Demobilisierung des ersten polnischen Korps fortgesetzt.

## Das Wirtschaftsprogramm der Sowjetregierung.

Auf den ersten Kongreß des Höheren Rates der Volkswirtschaft, der soeben in Moskau getagt hat, haben wir bereits aufmerksam gemacht. Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt jetzt weiteres bekannt. Der Kongreß, auf dem 8 Bezirke und 34 Gouvernements vertreten waren, hat folgende Maßnahmen für notwendig erkannt und deren Durchführung angeordnet: Fortsetzung der Liquidation des Großgrundbesitzes und der Verstaatlichung der Bourgeoisie von der Leitung des ökonomischen Lebens des Landes. Als erste Aufgabe wurde die Nationalisierung der Bergbau- und Hüttenindustrie, des Maschinenbaues, der chemischen, Naphtha- und Textil-Industrie festgesetzt, mit der Maßgabe, daß die Nationalisierung ausschließlich vom Höheren Rat durchgeführt wird.

Zwecks Hebung der Produktionskräfte des Landes ist eine Regelung der Verteilung der Arbeitskräfte als notwendig erkannt worden. Festsetzung einer Produktionsnorm, Uebereinstimmung des Arbeitslohnes mit der Leistung, strenge Disziplin, die die Arbeiterorganisationen durchführen müssen, Mobilisation aller technischen Kräfte und Spezialisten. Viel Bedeutung wurde der Notwendigkeit beigelegt, ein Zentrum für Bergbau und Hüttenindustrie im Ural zu schaffen, und zwar durch eine technisch-organisatorische Vereinigung des industriellen Lebens des Urals mit West-Sibirien. Dazu gehören die Organisation technisch-wissenschaftlicher Expeditionen, der Bau von Eisenbahnen und Ausbau der Wasserwege. Alle Fabriken und Bergwerke müssen inspiziert werden. Die Tätigkeit solcher, die technisch rückständig sind und nicht den Anforderungen entsprechen, soll eingestellt werden. Die Produktion von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zum Warenaustausch zu verwenden sind, muß gehoben werden. Zweckmäßiger Organisation der Industrie ist als notwendig erkannt: strenge Kontrolle, planmäßige Verteilung durch Bildung eines einzigen Zentrums, das die Bestellungen unter die sozialisierten Fabriken und die Fabrikate unter die Konsumenten mit Hilfe der Konsumgenossenschaften und anderer örtlichen Organisationen verteilen soll. Der Kongreß hat zusammen mit dem Kongreß der Bezirkskommissare für Arbeit sich der Resolution über die Arbeitsdisziplin, die vom Allrussischen Verband der Gewerkschaften angenommen war, angeschlossen und eine Regelung über die Verwaltung der nationalisierten Fabriken getroffen.

Als Basis der Wirtschaftspolitik ist neben der Zentralisation und Konzentrierung des ganzen Handelsapparates in den Händen der Organe des Staates und Genossenschaften, die vollständige Liquidation des privaten Handelsapparates, die Schaffung des Naturalaustausches zwischen den einzelnen Gebieten, die Einführung fester Preise auf alle Ja-

brikate und die allmähliche Herabsetzung dieser Preise festgelegt worden.

Die Finanzpolitik und der Geldumlauf sollen den Forderungen der Wirtschaftsorganisation untergeordnet werden. Angesichts der finanziellen Lage ist eine Erhöhung der direkten und indirekten Steuern notwendig.

## Die russische Gegenrevolution.

Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach der Einnahme von Omsk marschierten die Tschoko-Blowaken auf Tobolsk und Jachin. Nach der Schlacht vom 8. und 9. Juni warfen die an Zahl überlegenen tschoko-blowakischen Abteilungen die Sowjettruppen in der Richtung auf Kasontin und Tschaljabinsk zurück.

Schanghai, 21. Juni. (Reuter.) Aus Chargin vom 17. Juni wird berichtet: Semcnow wurde zu einem plötzlichen Rückzug nach der Mungolei gezwungen, weil 3000 Kosaken sich dem Feinde angeschlossen, nachdem sie ihre Offiziere getötet hatten und die roten Garben die Truppen Semcnows in der Flanke bedrohten. Nach einer Meldung aus Peking zieht sich Semcnow auf die chinesische Grenze zurück, die stark mit chinesischen Truppen besetzt ist. Die Truppen haben den Befehl, nichts gegen die Bolschewiki zu unternehmen, außer wenn die Grenze bedroht sein sollte.

Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Zeitung „Iswestia“ schreibt zu dem Versuch, Rußland in einen neuen Bürgerkrieg zu stürzen: Ein durch einen neuen Kampf geschwächtes Rußland wird nicht einen Stützpunkt für eine neue Front bilden können. Und selbst wenn es Engländer und Japaner gälte, auf russischem Gebiete vorzubringen, um die Deutschen zu bekämpfen, würde das russische Volk den Alliierten niemals diesen neuen Einfall verzeihen, der unter der Maske der Hilfeleistung verkleidet wird.

## Die Organisation der neuen russischen Armee.

Nach einer Meldung der Petrograder Telegraphen-Agentur wurde am 7. Juni in Moskau der erste Kongreß der Kriegskommissare von Trotsky durch eine Rede eröffnet, in der es hieß: Wir haben den alten Apparat im Kommando der Armee abgeschafft und müssen daher einen neuen schaffen. Diese Arbeit soll am folgenden praktischen Ausgangspunkte anknüpfen:

Das europäische Ausland ist in sieben und Störten in drei militärische Kreise eingeteilt. Das System des örtlichen Kriegskommissariats ist innig mit der Organisation der Sowjets verbunden. Auf dieser Grundlage müssen wir die neue rote Armee schaffen. Es werden zahlreiche Kommissariate errichtet werden, die aus zwei Vertretern der örtlichen Sowjets und einem Militär-Spezialisten zusammengesetzt sind. Diese Kollegien werden die normale Aufstellung des Heeres sichern. Man weiß, daß unsere frühere Armee, die nach dem Prinzip der Freiwilligkeit errichtet war, stets nur vom Aet der Volkskommissare als ein Provisorium angesehen wurde. Unser Programm enthält noch immer den Wahrspruch: Verteidigung unserer Arbeiterrevolution und unseres Landes, das den Brennpunkt des Sozialismus bildet. Um die Wehrpflicht zu verwirklichen, muß man nicht nur die Waffen, die das Land besitzt, sondern auch die Menschen registrieren. Wir müssen an die jungen Leute, die noch nicht im Krieg gewesen sind und die von dem mächtigen Geist der Revolution erfüllt sind, appellieren. Um das durchzuführen, braucht man eine weitverzweigte Organisation, deren Träger die Kriegskommissariate, der Kantone, der Bezirke, der Gouvernements und der sieben großen Kreise sein werden. Was die Cadres anbetrifft, so hat die Erfahrung gezeigt, daß Mangel an technischem Wissen gefährlich ist. Leider fehlten die Arbeiterklassen keinen militärischen Spezialisten. Die Befehlsgewalt zerfällt in zwei Teile: in einen technischen und in einen militärischen und politischen. Die lokalen Volkskommissare sind die politischen Chef, der technische Beirat ist für das Gelingen der militärischen Operationen verantwortlich. Der Kommissar besitzt unbeschränkte Gewalt über den technischen Chef, falls dieser etwa die Revolution bedrohen sollte.“

Trotsky fügte hinzu: Um mit möglicher Beschleunigung Offiziere aus den Arbeiter- und Bauernklassen zu bilden, seien Instruktionsschulen errichtet worden. Die Aufgaben seien ungeheuer, aber man sei fest entschlossen, diese Titanenarbeit zu vollbringen.

## Der Prozeß gegen die polnischen Legionäre.

Warschau, 20. Juni. (Wiener Korresp.-Bureau.) Legationsführer Wiodonski sagte aus, nach dem Vester Friedensvertrag habe er sich bedacht, daß Oesterreich, welches mit Polen abgebrochen hätte, hieraus auch die weiteren Folgerungen ziehen und die Legionen auflösen werde. Am 15. Februar erhielt er von dem Regimentskommando den Befehl zum Abmarsch. Von dem Gerüchten, daß die Legionäre entweder an der rumänischen Front oder ins Königreich Polen abgehen, einen Frontabschnitt besetzen oder entwaffnet werden sollten, sahlen ihm lehreres als das Wahrscheinlichste. Er sei nun nach Sabagora abmarschiert, wo er später auch verhaftet wurde. Legionsleutnant Rajewski erklärte, er habe 1914 einen Eid geleistet, sodann Juli 1917 einen zweiten Eid für den Regimentschaftsvertrag schriftlich unterfertigt. Den Marschbereitschaftsbefehl habe er gleich seinen Unterstellten weitergegeben. Während des Marsches befand er sich stets neben der Trainkolonne und wurde sodann zusammen mit dem Stabe in Sabagora verhaftet. Legionsführer Siegmund und will nach erhaltenem Warumbefehle der Meinung gewesen sein, es handle sich lediglich um eine Nachübung. Nach seiner Verhaftung habe er das Eingreifen der österreichisch-ungarischen Truppen für eine gewaltsame Entwaffnung der Legionen gehalten.

Alle Viehhöfe in den Vereinigten Staaten wurden unter die Aufsicht der Bundesbehörden gestellt.

Auslieferung eines flüchtigen Kriegsgefangenen durch die Schweiz. Laut Schweizer Zeitungen verlangte der Sozialist Schneider im Basler Grenzrat Aufschluß über die Auslieferung des aus der deutschen Kriegsgefangenschaft entflohenen französischen Soldaten Pierre Blanc an die deutsche Grenzwachc. Schneider erhielt die Auskunft, daß die Auslieferung im Verbandsverhältnis mit Blanc erfolgte, der nicht in seine Heimat wollte und dessen Verbleiben in der Schweiz vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement abgelehnt worden war.

Umbildung der finnischen Armee. Die „Evenska Dagbladet“ und Helsingfors erzählt, ist die Umbildung der finnischen Armee nunmehr beschlossen. Die Mannschaften unter 21 und über 25 Jahre werden vollständig vom Wehrdienst befreit, solche mit 21, 22 und 23 Jahren werden zum aktiven Dienst, solche mit 24 und 25 Jahren zum Stappendienst verwendet. Im Anknüpf hieran teilt der finnische Generostab mit, daß alle Soldaten über 25 Jahre heimekehren dürfen.

## Der rumänische Friedensvertrag vor dem Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß trat am Montag in die Beratung des rumänischen Friedensvertrages ein, und zwar in der Form, daß zunächst eine Generaldebatte stattfand; die wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen werden besonders erörtert.

Staatssekretär v. Kühmann machte zunächst vertrauliche Mitteilungen über die rumänische Königsfrage und die Stellung der Parteien in Rumänien. Die Aussprache über diesen Teil der Rede des Staatssekretärs wurde gleichfalls vertraulich gepflogen. Es beteiligten sich daran die Abg. Graf Praschna, Nauemann, Koste, Dr. Noeide, v. Nischhofen, Warmuth, Dr. Südekum, Ledebour, Erberger, v. Gräfe. Damit war dieser Teil der Aussprache erledigt.

Staatssekretär v. Kühmann bespricht dann die einzelnen Teile des Friedensvertrages. Oesterreich-Ungarn hatte das Recht, den Schutz seiner Grenzen zu fordern, und Bulgarien konnte nicht verweigert werden, seine nationalen Ansprüche zu betreiben. Lediglich mit dem nördlichen Teil der Dobrußka mußte vorläufig eine gewisse Ausnahme gemacht werden, weil erst einige Reinigungsverschiedenheiten zwischen Bulgarien und der Türkei auszugleichen sind. Die Türkei will das an Bulgarien abgetretene Gebiet an der Karpa wieder haben, und das soll auf freundschaftlichem Wege erreicht werden. Beide Staaten haben selber den Vorschlag der Schaffung eines Kondominiums gemacht. Die Grenzverbesserungen an der ungarischen Grenze sind ohne erhebliche Bedeutung und tragen nur der Notwendigkeit Rechnung. Nur etwa 20 000 Menschen kommen unter ungarische Herrschaft. Der

### Verzicht auf eine Kriegentschädigung

entstand der Ueberzeugung, daß uns die Sicherung von Naturalleistungen wertvoller sein würde. Wir hatten auch kein Interesse daran, Rumänien zahlungsunfähig zu machen, mühen vielmehr daran, rasch wieder wirtschaftliche Beziehungen herzustellen.

Abg. Müller-Meinungen wendet sich gegen die ziellose Ratifikation des Abkommens gegen den Friedensvertrag mit Rumänien. Die Presse der Entente schätzte den Frieden mit Rumänien ganz anders ein, sie läßt erkennen, daß Deutschland bei diesem Vertrag sehr gut abgeschnitten hat. Jedenfalls ist Rumänien mit einem blauen Auge davongekommen. An der beharrlichen Frage ist Deutschland in hohem Grade interessiert. Schon wegen der 75 000 deutschen Kolonisten, die in diesen Gebieten wohnen. Der Gedanke, dort einen neuen Staat zu schaffen, ist direkt abenteuerrisch. Die Gleichstellung der Juden in Rumänien muß erfolgen, solange die Okkupation noch andauert.

Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

## Der Arbeitsplan des Reichstags.

In einer am Montag vom Ältestenausschuß des Reichstags abgehaltenen Sitzung wurde beschlossen, die Debatte über die auswärtige Politik demart zu beschränken, daß sie am Mittwoch abend beendet wird. Sodann werden bis zum Mittwoch nächster Woche die Plenarsitzungen ausfallen und diese Tage für die Ausschussberatungen frei bleiben. Nach der Pause folgt die dritte Beratung des Etats, bei der die dritte Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes mit der zweiten Lesung des rumänischen Handelsvertrages verbunden werden soll. Dann kommen keine Besuche zur Verhandlung, die Steuerverordnungen werden den Schluß bilden. Nach den bisherigen Dispositionen des Ausschusses werden die noch notwendigen Beratungen bis zum 15. Juli abgeschlossen werden können.

## Ein Verbot gegen den „Vorwärts“.

Die Abg. Stücken und Scheidemann haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Der Stellvertreter kommandierende General des 2. Armeekorps, v. Vietinghoff, hat durch eine Verfügung vom 19. Mai 1918 das Halten des „Vorwärts“ für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann auch auf den in Stettin erscheinenden „Volksboten“ ausgedehnt worden.

Ist dem Herrn Reichsminister dieses Vorgehen des Generals v. Vietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?

## Großhamster und Führer der Vaterlandspartei.

Mit seiner Nase begab die Diebe statten der Wohnung des Landgerichtsrats Dr. Joerges in Kostel einen Besuch ab. Herr Joerges ist der Führer der Vaterlandspartei in Mecklenburg und ein außerordentlich bereicherter Mann. Wahrscheinlich hatten die Eindreher Herrn Joerges oft reden gehört und waren durch die trotz aller Kriegsmühsal wohl erhaltene Außenseite des Redners davon überzeugt worden, daß es mit dem Durchhalten des Herrn Landgerichtsrats seine eigene Verwandnis haben müsse. Als gründliche Leute gingen sie der Sache auf den Grund, und es zeigte sich, daß sie richtig gerechnet hatten. Es war ihnen indes nicht möglich, die gesamten Vorräte, die dieser Muster-Durchhalter aufgehäuft hatte, fortzutragen, da die nächsten Besucher verstaubt hatten Pferde und Wagen mitzubringen. Immerhin gelang es ihnen, fünf Schinken, drei Speckseiten, ein Schmalbraten, über zwanzig Pfund Mettwurst, zwanzig Pfund Butter und mehrere hundert Eier davonzutragen.

## Die unredigierte Kaiserrede.

Die Rede, die der Kaiser zu seinem dreißigjährigen Regierungsjubiläum gehalten hat, ist merkwürdigerweise in zwei verschiedenen Fassungen veröffentlicht worden, worauf die „Leipziger Abend-Zeitung“ aufmerksam macht. In der Schweizer Presse lautet der Text, ausdrücklich als Wolff-Bericht gekennzeichnet, folgendermaßen:

„Entweder soll die deutsche Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte in Ehren bleiben oder die angelsächsische mit ihrem Götzendienste des Geldes siegen“ usw.

In dem in Deutschland ausgegebenen Worttext Wolffs lautet aber dieselbe Stelle folgendermaßen:

„Entweder soll die deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte in Ehren bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen“ usw.

Die Umarbeitung dieses Textes ist gewiß auffällig, aber wir glauben, daß sie nicht hingereicht hat, um in der Schweiz einen wesentlichen anderen Eindruck zu erwecken, als die in Deutschland verbreitete Fassung hervorgerufen hätte.

Einen ähnlichen Gedanken wie in der Kaiserrede finden wir übrigens in der „Politisch-antropologischen Monatschrift“ des be-

kannten Antisemiten Dr. Schmidt-Giebichensfeld, Nr. 3 vom Juni 1918. Dort schreibt der Herausgeber über den Krieg:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß spätere Geschlechter ihn den „Judenkrieg“ nennen werden; denn der Krieg dreht sich ja im letzten, tiefsten Grunde darum, ob die heldische, oder die händlerische, die alldeutsche, oder die allbritische bzw. alljüdische Weltanschauung und Lebensauffassung in der Welt künftig die herrschende sein soll.“

Die Ähnlichkeit beider Gedankengänge ist frappierend, wenn auch die Formulierung des Dr. Schmidt ein Motiv enthält, das der Kaiserrede fehlt.

## Ein fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter gemäßigert.

### Mecklenburgische „Freiheit“.

Im Alter von 87 Jahren wird zum 1. Juli der Seminarlehrer am Großherzoglich-Mecklenburgischen Seminar zu Lübböhen, Sieblich, unter Weitervermehrung seines derzeitigen vollen Gehalts aus seinem Amte ausscheiden und in den Ruhestand treten. So meldet das einschlägige Amtsblatt.

Daß ein gesunder Mann im leistungsfähigsten Alter auf den Altenteil gesetzt wird, das mag in dieser Zeit des allgemeinen Mangels an Kräften auf allen Gebieten manchen merkwürdig erscheinen. Wer die mecklenburgischen Verhältnisse kennt, dem ist die Sache schon erklärlicher. Sieblich war einer der einflussreichsten Lehrer des Lübböher Seminars, das gerade das platte Land mit Lehrern versorgt. Und dieser Lehrer war — fortschrittlich gekannt und sogar M. d. M.! Nun denke man sich einen fortschrittlich gekannten Lehrer, der mecklenburgische Guts- und Dorfschullehrer heranzubilden soll. Der Mecklenburgische Landtag, in dem bekanntlich die großgrundbesitzenden Junker den Ausschlag geben, war schon lange von der Anhaltbarkeit dieses Verhältnisses fest überzeugt. Er hat sich seinen Entschluß sogar etwas lösen lassen und wirt Herr Sieblich, um ihn los zu werden, sein volles Gehalt nach der Proportionsgebärde des Mannes, der es nicht nötig hat. Dabei herrscht überall der größte Lehrermangel, aber es ist natürlich besser, die mecklenburgischen Kinder haben gar keine Lehrer, als solche, die ihnen das Gift modernen Denkens einträufeln könnten!

## Es gibt kein Wahlrechtsversprechen!

In der „Kreuzzeitung“ beweist irgendein Jurist mit großem Aufwand von Rabulistik, daß es ein königliches Wahlrechtsversprechen überhaupt nicht gebe. Zunächst: die „feierliche Form“ sei gewiß eine sehr schöne Sache, aber verfassungsmäßig ein leerer Begriff. Weiter: Was ist überhaupt ein Versprechen? Im öffentlichen Recht gibt es so etwas nicht. Drittens: Wem hat überhaupt der König ein Versprechen gemacht? — Herrn Dreuss? Der „Wasse“? Es fehlt an einer genau erkennbaren Gegenseite. Viertens: Weder im Osterjahr noch im Julijahr ist die Wendung gebraucht: „ich verspreche“. Fünftens: usw.

Das Ganze ist eine Illustration, wie die königstreuen hochmonarchischen Konservern den Satz auffassen: „An eines Königs Wort soll man nicht dreynoch deuten!“

Die Angliederung Viersenfelds an Preußen wird ernstlich erwogen. Sie liegt im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des kleinen Fürstentums, das zum Großherzogtum Oldenburg gehört, aber wieweit von diesem, im Südwesten des Reiches liegt. Von Oldenburg ist das Landchen erst in fast einer ganzen Schmelzungsperiode zu erreichen. In diesen Tagen beschäftigt sich in Oerben, der „Hauptort“ Viersenfelds, eine Parteiverammlung mit dieser Frage. Genosse Dug, der Landtagsabgeordnete für Viersenfeld, gab einen Bericht über seine Landtagsfähigkeit, in dem er auch einsehend die Verichmelzungsfrage erörterte. Die Vorteile und Nachteile einer Angliederung Viersenfelds an Preußen wurden besprochen, und dabei wurde hervorgehoben, es sei selbstverständlich, daß eine etwaige Angliederung nicht ohne die Zustimmung der Bevölkerung vorgenommen werden dürfe, daß man auch das Gebiet nicht zerschneiden und nicht gegen Geld, sondern gegen ein anderes, an das Herzogtum Oldenburg grenzendes Gebiet, austauschen dürfe.

## Aus dem Ernährungsausschuß.

### Zuckerverteilung.

Geheimrat Henrici gibt hierzu folgende Erklärung: Zum Einmachen sind 750 Gramm Zucker pro Kopf abgegeben worden. Die Verteilung wurde den einzelnen Bundesstaaten überlassen, die nicht immer eine gleichmäßige Verteilung vorgenommen haben. Sollte in der Ukraine eine größere Menge Zucker erfährt werden, so würde das Quantum erhöht werden können. Doch große Hoffnungen dürfe man nicht haben. — Abg. Wels (Soz.) fragt an, wie es mit der Zuckerlieferung an die Junker steht und wie der Honig erfährt wird? Der Preis von 3 M. sei enorm hoch. — Geheimrat Henrici: An die Junker wird nur Zucker zum Füttern der Vienen im Winter verteilt. Den Honig zu erfassen ist den Landesregierungen überlassen.

### Gierverförgung.

Abg. Stubbe (Soz.) geht auf die Lieferung von Eiern aus dem Osten und die Eierordnung ein. Bis Anfang Juni seien nach seiner Kenntnis nur 50 Waggons Eier aus der Ukraine nach Deutschland gelangt. Oesterreich habe in derselben Zeit 200 Waggons erhalten. Um an Transport zu sparen, sei man dazu übergegangen, die Eier in Rumänien einzutrocknen. Es dürfte fraglich sein, ob dieses Verfahren vorteilhaft sei. In der Bevölkerung wäre eine große Abneigung gegen das Eiervorhanden. Die Väder sollen sich im allgemeinen ablehnend verhalten, trotz des billigen Preises. Wenn dieses zutreffend sei, so scheide das Eiervorhanden als Volksernährung völlig aus. Entschieden müsse das Verfahren in Oerost verurteilt werden. Die Militärverwaltung lasse die Eier in großen Gefäßen einschlagen, wobei auch verfaulte Eier unterlaufen, die dann die ganze Menge verderben. — Abg. Weinhöck (L.) beklagt sich darüber, daß die Ablieferung der Eier in einzelnen Gemeinden zwischen 30 bis 50 Stück pro Huhn schwankt. — Regierungsrat Junke: Es sei richtig, daß in Oerost die Eier in Häffern eingeschlagen verpackt werden, weil beim Versand viele frische Eier beschädigt würden. Die Eierordnung der Eier in der Ukraine sei nur ein Versuch. Es ist auch Vorzuzug getroffen, daß keine verderbten Eier mit eingetrodnet werden. Die in Rumänien eingetrodneten Eier werden von der Heeresverwaltung zu Zwieback verwendet. Die Abgabe von Eiern an die Konsumenten schwankt zwischen 32 in Berlin und 34 in Baden.

### Fleischverförgung.

Abg. Albrecht (U. Soz.) fragt, daß das Pferdefleisch in der letzten Zeit vollständig vom Berliner Markt verschwunden sei. Es werden täglich zirka 100 Pferde verkauft. Zum Kauf seien zwar nur Pferdegeschlächter zugelassen, aber darunter befinden sich eine große Anzahl Schieber, die bis zu 250 M. bezahlten und die das Fleisch an die Wurstfabriken verkaufen. — Oberamtmann Scholl: Die Klagen über hohe Pferdefleischpreise seien berechtigt. Es sei derzeit eine Verordnung erlassen, nur noch Händler und Schlächter zuzulassen, die bereits vor dem Kriege das Gewerbe betrieben haben. — Abg. Schmidt (Soz.): Es wäre erwünscht,

keine Auktionen mehr zuzulassen, dadurch würden die Zwischenhändler von selbst ausscheiden und eine Preisstreiterei unmöglich machen. — Weinhöck (L.): Auf dem Lande seien die Fleischmärkte in großen Mengen auf gekauft, die nun in die großen Städte gewandert seien, wo die Bevölkerung in Fleisch geschwelgt (!) habe. — Abg. Wels (Soz.): Diese Vorwürfe gegen die Großstädte seien unverständlich. Nach der Hungerperiode müsse alles aufgeboden werden, die Bevölkerung mit genügend billiger Fleischnahrung zu versorgen. — Unterrichtssekretär Dr. Müller: Die Schonung der einheimischen Viehzucht sei verständlich vom Standpunkt der Einzelbauern. Bei den knappen Futtermitteln war es unmöglich, den Viehbestand durchzubalzen. Erst kommt der Mensch, dann das Vieh. Der Viehbestand sei möglichst hoch gehalten. Eine Erhöhung der Schweinepreise sei noch nicht in Aussicht genommen, aber in den neuen Kauterträgen für die Schweinezucht sei ein Preis von 180 M. per Zentner vorgesehen. — Abg. Sturm (U. Soz.) fragt, ob es zutreffend sei, daß in der nächsten Zeit fleischlose Wochen eingeführt werden sollen? — Unterrichtssekretär Dr. Müller erklärt, daß die

### Frage der fleischlosen Wochen

erwogen werde; Entscheidung könne erst nach dem Vorliegen der Viehzählung vom 1. Juni getroffen werden.

Auf eine Anfrage über die Fischverförgung wird von Regierungsseite erklärt, daß mit bestimmten Zahlen nicht gerechnet werden könne.

Am Montag beschäftigte sich der Ausschuß mit der Milch- und Fettverförgung.

Genosse Wels forderte eine durchgreifende Organisierung der Milchverförgung; er wies auf die günstigen Ergebnisse im Kreise Sameln hin; der Leiter der Fleisshalle dieses Kreises berichte, daß eine

### Erhöhung der Butter- und Käseerzeugung

sich erniedrigen lasse, wenn die Milch überall wie im Kreise Sameln erfahrt würde. Man erwarte, sagte Wels weiter, die Ablieferung der Milch in den kleinen Landorten, da die kleinen Verkäufer von den Markteien, die niedrige Gewinne erzielen, einen zu niedrigen Preis erhalten. Abg. Weinhöck (L.) glaubte daraus schließen zu dürfen, daß Wels für eine Erhöhung des Milchpreises eingetreten sei. Dem Inländerwaisen Interressenten wurde vom Genossen Weinhöck erklärt, daß Wels nicht über den hohen Milchpreis im allgemeinen Beschwerde führe, sondern nur wünsche, daß die kleinen Verkäufer von den Markteien einen angemessenen Preis bekommen, da die Mitglieder der Markteienvereine außer dem Milchpreis noch den Gewinn der Markteien einstreichen, wobei die kleineren Verkäufer nichts bekämen. Man glaube, daß die Industriearbeiter dieser Gemeinden sich nebenbei versorgen könne; das sei aber ein gewaltiger Irrtum, denn diese Teile der Bevölkerung hätten keine Möglichkeit, sich nebenbei mit Butter und dergleichen zu versorgen. Es sei deshalb notwendig, auch der industriellen ländlichen Bevölkerung ein größeres Quantum Butter zu geben, sonst können sie ihre Arbeit nicht mehr leisten. Von Regierungsseite konnten keine günstigen Ausichten für die Fettverförgung gemacht werden.

## Der Postverkehr nach Rußland.

Das Kriegsministerium teilt mit: Das Ausbleiben der gesamten Post aus Rußland seit November vorigen Jahres hat seine Ursache in der durch die Revolution bewirkten völligen Verarmung und Störung des russischen Verkehrswesens. Bei der offensiven Aufsichtlosigkeit, den Postempfangen in Rußland ihre Sendungen sicherstellen zu können, ist eine zeitweilige Sperrung des Postverkehrs nach Rußland deutscherseits notwendig gewesen. Am empfindlichsten sind durch diese Maßnahme die Kriegsgefangenen und deren Angehörigen getroffen worden. Wenn die ersteren, die aus eigener Anschauung die wahre Ursache dafür kennen, sich wohl über aber mit dieser Notwendigkeit abfinden, ist es doch natürlich, daß bei den Angehörigen das Gefühl aller Lebensgeister aus Rußland Verloren erregt. In Wirklichkeit liegt jedoch aus den oben angeführten Gründen keinerlei Anlaß zu Besorgnis vor. Die an amtlicher Stelle einlaufenden Meldungen über die allgemeine Lage der Kriegsgefangenen in Rußland enthalten nichts Beunruhigendes.

Jetzt ist die Beförderung von offenen Briefen und Postkarten des allgemeinen Verkehrs und von Gefangenen-Briefen nach Rußland wieder aufgenommen worden, und die deutschen Fürsorgekommissionen sind beauftragt, auch die Hebermittlung der Nachrichten von Kriegsgefangenen an ihre Angehörigen in die Wege zu leiten. Aber bei der bereits jetzt begangenen Rückkehr der Kriegsgefangenen nach der Heimat und bei der damit verbundenen Verlegung oder Verschiebung einzelner Kriegsgefangener sowohl, wie auch ganzer Lager und Kommandos, werden in den meisten Fällen die an die bisherigen Adressen der Kriegsgefangenen gerichteten Briefe die Empfänger nicht mehr an diesen Orten antreffen. Die meisten Kriegsgefangenen werden voraussichtlich schon längst die Heimat erreicht haben, ehe die ihnen von Ort zu Ort nachgeschickten Briefe in ihre Hände gelangen können. Dabei muß die allgemeine Unzuverlässigkeit und Unsicherheit der russischen Beförderungsverhältnisse immer noch als schweres Hindernis betrachtet werden. Auch von der Hebermittlung von Paketen an Kriegsgefangene muß deshalb dringend abgeraten werden; auch Nachforschungen nach einzelnen Kriegsgefangenen sind in Rußland aus demselben Grunde zurzeit ohne Aussicht auf Erfolg. Diese werden zum großen Teil durch die früher oder später erfolgende Rückkehr der betreffenden Kriegsgefangenen ihre Erledigung finden, wenn auch bei den Transporterschwierigkeiten und den großen Entfernungen in Rußland immer noch mehrere Monate bis zum Eintreffen der letzten Nachzügler vergehen können.

## Letzte Nachrichten.

### Die Putilowwerke und die Volkswirtschaft.

Stockholm, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Bei der Sowjetwahl in den Putilowwerken (in denen unlängst gestreikt wurde, was als ein Zeichen des Verfalls der bolschewistischen Macht hingestellt wurde) siegte die Bolschewiki. Der Petersburger Ernährungszustand ist elend. Täglich brechen viele Menschen hungrend auf den Straßen zusammen.

### Die Gegenrevolution in Rußland.

Moskau, 23. Juni. Die hiesige Presse meldet: Der Sowjet in Lamsow wurde unter der Leitung „für die konstitutive Versammlung“ von dem durch Mobilisationsbeschl. Einberufenen vertrieben.

Die Ententevertreter antworteten auf die Note Tschitscherins, daß sie ihre Schiffe aus den russischen Häfen nicht entfernen können, da sie zum Schutz der Ententeinruppen — und des Materials, das vor dem Vorrat Frieden gelandet wurde, verbleiben müßten.

Die Kaiserzeitung „Nabolschaja Rossa“ berichtet: Bei der Einnahme Samaras wurden die Fischer durch die dortigen Roten Truppe und besonders die Bevölkerung unterstützt. Die Bevölkerung jubelte den Fischern zu.

Infolge der Walfischjagd erschienen alle Petersburger Zeitungen; bisher völliger Sieg der Volkswirtschaft in Petersburg.

Nach Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur ist Sibirien von Tschuchen und Weiser Garde besetzt worden. Die tschuchen Truppen und Skofaten rüden auf Rubnez und Wensa vor. Zwischen Tschuchen und Newojanskowka hat ein mehrtägiger Kampf stattgefunden.

Orenburg soll von Kosaken umzingelt sein.

# Gewerkschaftsbewegung

## 13. Verbandstag der Böttcher.

Vom 17. bis 21. Juni tagte in B ü r g u r g der 13. Verbandstag des Zentralverbandes der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter Deutschlands, der von 31 Delegierten und Mitgliedern des Vorstandes besucht war. Die Generalkommission vertrat Cohen-Berlin.

Der Verbandstag stand unter dem Eindruck des tragischen Vorkommnisses mit seinem Zentralfassierer, der kurz vor Beginn des Verbandstages freiwillig aus dem Leben schied, nachdem seine Veruntreuung von Verbandsgeldern nicht länger mehr verheimlicht werden konnte. Im Vorstandsbericht besprach Verbandsvorsitzender Winkelmann - Bremen den traurigen Vorfalle. Er bemerkte, daß der Fehlbetrag geringer sei, als in der ersten Aufregung angenommen worden ist. Zum eigentlichen Geschäftsbericht übergehend, bemerkte der Redner: heute nach vierjähriger Kriegszeit könne man berichten, daß der Verband sich in dieser Zeit glänzend erhalten habe, an Vermögen zunahm und sogar neue Aufgaben übernehmen könne. In der Frage der Feuerungszulagen sei der Verband einer der ersten gewesen, der eine bezugsfähige Forderung eingereicht habe; er sei bereits im April 1915 vorgegangen und habe wesentliche Erfolge erzielt. Weiter besprach Winkelmann die Tätigkeit der Generalkommission im Kriege, die Maßnahmen des Verbandes zum Schutz der Mitglieder in bezug auf Arbeitslosigkeit, Ernährungsfragen, Uebergangswirtschaft und andere Fragen.

Die Aussprache, die sich bis zum zweiten Verhandlungstag hinzog, ergab im allgemeinen Zustimmung zu dem Bericht. Kritisiert wurde die späte Einberufung des Verbandstages. Insofern die Delegierten zur Ludendorffspende, zum Hilfsdienstgesetz und einigen sonstigen Maßnahmen der Generalkommission Stellung nahmen, zeigte sich eine starke Gegnerschaft.

Es folgten dann die Berichte über die Presse und den Ausschuß. Auch hieran schloß sich eine längere Auseinandersetzung, bei der der Standpunkt des Vorstandes in verschiedenen Unterstützungsfragen kritisiert wurde. Der Vorstand habe das Statut oft sehr engherzig ausgelegt, wurde erklärt. Vorstand und Ausschuß wurde hierauf Entlassung erteilt.

Am dritten Verhandlungstag beschäftigte sich der Verbandstag mit der Revision der Beitrags- und Unterstützungs-einrichtungen. Das einleitende Referat hielt Winkelmann. Er begründete eine Vorlage des Vorstandes, die eine ganz neue Einrichtung der bisherigen Unterstützungsformen schaffen will. Er verlangte einen Ausbau der Krankenunterstützung und Erhöhung der Arbeitslosen- und der Streitunterstützung. Für die Mehrleistungen schlägt der Vorstand eine Beitragserhöhung um 25 auf 85 Pf. vor. In der Debatte, an der sich 26 Redner beteiligten, wurde im allgemeinen den Vorschlägen des Vorstandes zugestimmt, über die vorgeschlagene Beitragserhöhung wollte man noch hinausgehen. Mit 23 gegen 6 Stimmen wurde schließlich am vierten Verhandlungstag die Vorlage des Vorstandes angenommen. Damit ist der Beitrag auf 85 Pf. festgesetzt, die Arbeitslosenunterstützung auf wöchentlich 15 M., normiert und die Abführung des Krankengeldes auf die Mitglieddauer ausgesprochen, was eine erhebliche Besserstellung der langjährigen Mitglieder bedeutet. Die Reiseunterstützung wird in die Gewerkschaftsvorlage einbezogen, die Unterstützung imwahrer Mitglieder neu eingeführt. Abgelehnt wurde, besondere Beiträge für Frauen und Jugendliche einzuführen; der Vorstand soll dies für später in Erwägung ziehen.

Am letzten (fünften) Verhandlungstag sprach Gauleiter Wagner - Düsseldorf über die Aufgaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung. Er hob die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Uebergangswirtschaft hervor und meinte, daß der Böttcherberuf weniger an Ueberangebot von Arbeitskräften, als unter der Rohstoffbeschaffung leiden würde; denn an Rohstoffen seien nicht einmal mehr kümmerliche Reste vorhanden. Darauf baute der Redner sein Zukunftsprogramm auf.

Cohen von der Generalkommission unterstützte die Aussprache durch wichtige Hinweise auf die Vorbereitungen, die seitens der Gewerkschaften für die Uebergangswirtschaft geleistet worden sind. Seine Mahnung, die Instanzen dabei zu unterstützen, fand eine zustimmende Aufnahme.

Dann folgten die Wahlen der Verbandsfunktionäre. Winkelmann wurde als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso der Ausschußvorsitzende Böttcher - Hannover. Wagner - Düsseldorf wurde als Zentralfassierer neu in die Zentralführung berufen. Die Stellung des verstorbenen Redakteurs Holtmann bleibt vorberhand unbesetzt, sie soll eventuell später ausgefüllt werden. Winkelmann besorgte unterdessen die Redaktion mit. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

## Allgemeine Betriebsversammlung der Städtischen Elektrizitäts-Werke Berlin.

Eine gutbesuchte Versammlung der Städtischen Elektrizitäts-Werke Berlin beschäftigte sich mit einem Antrage der Arbeiterchaft auf Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit. Das Referat hierüber hielt Jacobi vom Verband der Maschinen- und Feiler. Redner erwähnte, daß schon vor einigen Jahren mit dem Direktor Datterer Verhandlungen wegen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit geschwebt haben. Er behandelte die Frage vom sozialpolitischen, gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Standpunkt und betonte, daß bedeutende Rationalisierungen sowie Gewerkschaften sich ausnahmslos für die achtstündige Arbeitszeit, besonders in den kontinuierlichen Betrieben erklärt haben. Sei früher schon die Forderung des Achtstundentages eines der bedeutsamsten Ziele der Arbeiterchaft gewesen, so seien jetzt die Umstände, die für die Forderung sprechen, noch weit zwingender geworden. Es sei in Anbetracht des ungeheuren Menschenverlustes durch den Krieg Pflicht des Staates und der Kommunen, Menschenleben im höchsten Maße zu treiben. Eine leistungsfähige Arbeiterchaft sei das höchste Gut; das Mittel, dieses Gut zu erhalten, bilde in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die sehr lebhaft diskutierte Bewegung bewegte sich im Sinne des Referats. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Antrages. Der Arbeiterausschuss wurde beauftragt mit der Organisation des Nötigen in die Wege zu leiten.

Weiter wurde noch über die Verhandlung die Handwerker betreffend berichtet, an welcher Jacobi vom Verband der Maschinen- und Feiler teilgenommen hatte. Die Verhandlung endete mit dem Resultat, daß eine Zulage von 12 1/2 Pf. pro Stunde bewilligt wurde.

## Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat im Hinblick auf die von den deutschen Unternehmerverbänden wiederholt abgegebenen Erklärungen, den aus dem Felde zurückkehrenden Angehörigen und Arbeitern ihre früheren Arbeitsplätze soweit irgend möglich wieder einzuräumen, angeregt, daß die Unternehmer, soweit es bisher etwa noch nicht gechehen sein sollte, schon jetzt oder doch sobald als es im Einzelfalle irgend durchführbar ist, sich darüber entscheiden möchten, welche Angehörigen und Arbeiter sie wieder einstellen werden, so daß wenigstens ein Teil der Kriegsteilnehmer der bisher in gewissem Umfange doch noch auf ihnen lastenden Ungewißheit über ihre spätere wirtschaftliche Lebensstellung entzogen werden könnte. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Frage, in welchem Umfange die grundsätzlich teilweise Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben abgebaut werden muß, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern ihre früheren Arbeitsplätze wieder frei zu machen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes möchte deshalb die Unternehmerrchaft gebeten haben, auch in dieser Beziehung schon jetzt auf eine vorzügliche

Regelung in den einzelnen Betrieben Bedacht zu nehmen, gegebenenfalls auch genauere Richtlinien dafür auszustellen.

Die „Expeditions- und Schiffsfahrzeitung“, das amtliche Organ der deutschen Expeditionen, bemerkt hierzu: „Wir sind der Meinung, daß es bei dem vaterländischen Geist der Arbeitgeberchaft im allgemeinen nicht notwendig ist, zur Erfüllung der ihnen (vom Staatssekretär) vorgeschriebenen Ehrenpflicht nochmals besonders zu mahnen. Es besteht begründete Hoffnung, daß von den Arbeitgebern bzw. den einzelnen Verbänden schon geeignete Schritte im Sinne jener Anregungen vielfach, wenn nicht schon unternommen, so doch vorbereitet worden sind. Die Handwerkerkammern, die ebenfalls um Unterstützung in dieser Sache erlucht worden sind, beschränken sich deshalb in ihrer Tätigkeit darauf, die Arbeitgeberchaft angeht, der mit immer größerer Hoffnung auf Verwirklichung bestehender Aussichten auf einen baldigen allgemeinen Frieden zur Bekämpfung in ihren Entscheidungen zu veranlassen und ihnen die Einleitung möglichst umfangreicher Maßnahmen um so mehr zu empfehlen, als dadurch die Gefahr eines etwaigen gesetzlichen Eingriffs behoben werden kann.“

Die Abrechnung im Tapiezerverband für das 1. Quartal 1918 schließt mit einem Bestand von 2630 Mitgliedern. Gegen das Ende des Vorquartals ist ein Mehr von 58 Mitgliedern zu verzeichnen. Weibliche Mitglieder sind 778 vorhanden. Der Gesamtmitgliedsbestand des Verbandes blieb mit 279 705,23 M. fast in gleicher Höhe gegen das Vorquartal.

Der Verband der Fleischer im Jahre 1917. Infolge der vielen Einberufungen zum Kriegsdienst ist die Zahl der Verwaltungsverstärker seit Kriegsbeginn von 91 auf 39 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des abgelaufenen Jahres 2929. Bis zum 31. Dezember 1917 wurden allein 8830 Verbandmitglieder, darunter 8188 verbeiratete, zum Heeresdienst einberufen. Den Einnahmen von 158 671,96 M. stehen 67 539,44 M. Ausgaben gegenüber. Das Gesamtergebnis befreit sich auf 87 208,28 M. gegenüber 73 787,84 M. am Schluß des Vorjahres.

## Parteinachrichten.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hielt am 28. Juni seine Generalversammlung ab. Aus dem vorgetragenen Jahresbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl eine Zunahme erfahren hat. Die Verarbeitung sei schwierig, in den Verhältnissen würden die Parteimitglieder von den Unabgängigen viel schlimmer behandelt als die „Weißen“. Die Einnahmen betrugen 1080 M., die Ausgaben 1003 M. Es fanden 12 große Versammlungen und 30 Sitzungen statt. Der Abonnementstand der neugegründeten „Volksstimme“ lasse zwar zu wünschen übrig, doch sei das Inseratengeschäft ein über die Erwartungen gutes gewesen. In der Aussprache wurde betont, daß die „goldene Rückwärtslosigkeit“, die der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Fritz Kunert, bei der Parteispaltung am Ort unsern Parteigenossen gegenüber empfohlen hat, nunmehr auch den Unabgängigen gegenüber mit allem Nachdruck angewendet werden müsse. Es wurde beschlossen, den Parteibeitrag für männliche Mitglieder von 10 auf 15 Pf. wöchentlich und den der weiblichen von monatlich 20 auf wöchentlich 10 Pf. zu erhöhen. Zu dem Kampfe um das „Volksblatt“ ist gegen das Landgerichtsurteil, das das Blatt grundsätzlich unserer Partei zuspricht, es aber in Wirklichkeit noch in den Händen der Unabgängigen behält, von beiden Seiten Berufung an das Oberlandesgericht eingelegt worden. Es wurde einstimmig beschlossen, eine Feststellungsklage darüber bei Gericht einzureichen, daß das bei der Parteispaltung vorhandene Vereinsvermögen unserer, also der alten Partei gehört. Bisher sei die Klage in der Absicht unterlassen worden, den Parteispaltung nicht zu vergrößern und nicht alle Kräfte abzubrechen; es habe sich aber gezeigt, daß die Rückwärtslosigkeit ganz unangebracht sei. Bei der Neuwahl der Vereinsleitung wurden größtenteils die seitberigen Mitglieder (Ab. Thiels als 1. Vorsitzender, G. Sarbe als Vorsitzender der Prehkommission) wiedergewählt.

## Industrie und Handel.

### Neue Reichsschatzanweisungen.

Die Reichsfinanzverwaltung hat den Mitgliedern der den allgemeinen Abmachungen angehörenden Bankvereinigungen einen begrenzten Betrag 4 1/2 prozentiger Reichsschatzanweisungen, fällig am 1. April 1924, zum Verkauf an das Publikum zur Verfügung gestellt. Eine Auflegung zur Zeichnung findet nicht statt. Der Verkauf der Schatzanweisungen in Stücken von 5000, 10 000 und 20 000 M. beginnt vereinbarungsgemäß vom 4. Juli d. J. ab, und zwar zum Kurse nicht unter 97,50 M.

Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, ist der ausgegebene Betrag auf eine Milliarde Mark beschränkt worden, welche Angabe ungefähr stimmen dürfte. Im Vorjahr wurden 400 Millionen Mark fünfprozentige Reichsschatzanweisungen unter der Hand verkauft. Im Gegensatz dazu dürfte der neue Typ eine ständige Einrichtung werden, berufen, beschäftigungslose Gelder in Zeiten großer Geldflüssigkeit abzufressen, ohne die Abnahmewilligkeit der ständigen Kriegsanleihekäufer zu mindern. Diesem Zweck entsprechend ist auch die Laufzeit der neuen Schatzanweisungen auf nur sechs Jahre beschränkt worden. Dadurch wird dem Zeichner ein Schutz vor Kursdruck geboten, selbst wenn er die Schatzscheine vor Fälligkeit veräußern wollte, weil eben in der baldigen Einlösung zum Nennwert ein starker Sicherheitscharakter liegt. Bedauerlich ist nur, daß die neuen Schatzanweisungen in recht hohen Abschnitten abgegeben werden.

Darüber besteht aber leider kein Zweifel, daß die neuen Schatzanweisungen nur ein höchst unzureichender Ersatz für die starke direkte Steuern nach englischem Vorbild sind. Sie sind berufen, die verderblichen Folgen der Geldentwertung auf einem Gebiet einzudämmen: das flüssige Kapital von der Anlage in Aktien abzuhalten und dadurch der Börsenhäufte entgegenzuwirken. Die Reichsfinanzverwaltung erkennt damit die Notwendigkeit an, der gewaltigen Produktion papierener Zahlungsmittel und der dadurch abnorm gesteigerten Kaufkraft der vermögenden Kreise entgegenzuwirken.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Allgemeine Versicherungs-A.-G. Victoria in Berlin erzielte im abgelaufenen Jahre einen Reingewinn von 38 737 710 M. (i. B. 35 496 678 M.). Die Dividende beträgt 130 M. Nach Mitteilung des Vorstandes hat das Geschäft auch im vierten Kriegsjahre weitere Fortschritte gemacht. In allen Zweigen nahm das Geschäft einen erfreulichen Aufschwung. In der großen Lebensversicherung hat sich, obgleich der Abgang durch Sterbefälle und Abläufe recht erheblich war, dennoch ein ansehnlicher Reinzugewinn ergeben. Die Gesellschaft erreichte Ende 1917 den höchsten Versicherungsbestand, den sie je gehabt hat. In der Volksversicherung war der Zugang an neuen Versicherungen ebenfalls recht bedeutend. Das finanzielle Ergebnis wurde natürlich wiederum durch die Ausgaben für Kriegsterbefälle beeinträchtigt, die noch immer recht hoch sind, obwohl sich eine Minderung im Vergleich zum Vorjahr feststellen läßt. Auch die durch die Kriegsverhältnisse veranlaßte Steigerung der Verwaltungskosten blieb nicht ohne Einfluß auf das Endergebnis. Ueber das Geschäft im neuen Jahre teilte der Vorstand mit, daß sich dieses recht gut entwickelt habe. Im ersten Halbjahre 1918 ist es mehr als doppelt so groß gewesen, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

## Soziales.

### Die Zuchthäuser füllen sich.

In den preussischen Zuchthäusern befanden sich am 31. März 1917 14 582 Gefangene gegen 12 451 am Schluß des vorhergehenden Rechnungsjahres. Insgesamt waren in den, dem Ministerium des Innern unterstehenden Strafanstalten, wie aus der jetzt veröffentlichten Statistik ersichtlich ist, am 31. März 1917 24 642 Gefangene, das sind um 2335 mehr als am 1. April 1916. Bis zum 1. April 1918 unterstand ein Teil der Strafanstalten dem Ministerium des Innern, ein anderer Teil dem Justizministerium, jedoch ist das gesamte preussische Gefängniswesen dem Justizministerium unterstellt. Da sämtliche Zuchthäuser dem Ministerium des Innern unterstanden, sind in dieser Gefängnisstatistik nur die auf die Justizausgefängnisse bezüglichen Zahlen voll vergleichbar.

Die Zahl der Verurteilten war in den letzten Jahreszeiten vor dem Kriege stark zurückgegangen, infolgedessen hatte sich auch der Zugang in den Gefängnissen und Zuchthäusern vermindert, und zwar war der Rückgang bei den letzteren besonders stark. Im ersten Kriegsjahre hat dieser Rückgang auch noch angehalten, dann aber trat eine rapide Steigerung ein. Der Zugang zu den Zuchthäusern betrug im Rechnungsjahre 1914/15 4279, er stieg im folgenden Rechnungsjahr auf 5421 und 1916/17 weiter auf 7402. Nähere Angaben über die Strafarten und die persönlichen Verhältnisse der neu eingelieferten Zuchthausgefangenen enthält die neueste Statistik nicht. Im Vorjahre war die Steigerung vornehmlich auf die Zunahme der militärischen Verbrechen und Vergehen zurückzuführen, diese dürften auch im Berichtsjahre eine sehr erhebliche Rolle gespielt haben. Sie reichen aber zur Erklärung des ungeheuer gestiegenen Zuganges nicht aus. Dieser war im Jahre 1916/17 um 74,4 Proz. höher als im Jahre 1914/15, und allein im letzten Jahre hat er sich um 37,6 Proz. erhöht. Besonders auffällig ist die Steigerung des weiblichen Zuganges. Im Jahre 1915/16 verteilte sich der Zugang auf 4944 Männer und 477 Frauen, im Jahre 1916/17 wurden 6044 Männer und 818 Frauen in preussische Zuchthäuser eingeliefert. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 34,4 Proz. bei den Männern, aber um 71,5 Proz. bei den Frauen.

Dies genügt die Erklärung mit der gestiegenen Zahl der militärischen Verbrechen und Vergehen nicht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die steigende Zahl der Landesverratsprozesse recht wesentlich zur Füllung der Zuchthäuser beigetragen hat. Was über diese Prozesse bei der Beratung des Justizrats im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, läßt darauf schließen, daß die zuständigen Richter bei derartigen Anklagen eine ganz besondere Strenge walten lassen. Das erklärt die aus der Zuchthausstatistik sich ergebende gewaltige Steigerung der Kriminalität, weist aber auch darauf hin, daß das wirkliche Verbrechen während des Krieges doch wohl nicht die Zunahme erfahren hat, wie die nackten Zahlen der Zuchthausstatistik vermuten lassen.

## Berichtszeitung.

Den Schicksal einer unglücklichen Ehe bildete die Anklage wegen Totschlages, die den Richter Fritz Reinhold Berndt aus Neukölln vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte. Der Angeklagte war in der Nacht zum 6. Januar seinen Schwiegervater erschossen. Er hat sich im Anfang des Jahres 1916 mit der Tochter des Schwiegervaters Julius Wolff verheiratet. Die gegen den Willen beider Eltern geschlossene Ehe gestaltete sich von Anfang an unglücklich, da der Angeklagte an einer bösen Krankheit litt und diese auch auf seine Frau überging. Er war im Felde gewesen und im September 1915 als dienstunbrauchbar entlassen worden. Nach seiner Verheiratung soll er sich noch mit anderen Frauenpersonen herumgetrieben haben, was zur Kenntnis der Ehefrau kam und das Verhältnis zwischen beiden noch verschärfte. Es kam fast täglich zu Paß und Streit, und am 5. Januar schlug der Angeklagte auf seine Frau ein, worauf ihm diese ins Gesicht fiel und ihm drohte, mit ihrem Kinde zu verlassen. Der Angeklagte erwiderte höhnisch, daß sie ihm damit einen großen Gefallen täte, denn er habe schon längst eine andere. Er verließ darauf das Haus, begab sich zu einem Mädchen und kniepte mit diesem zunächst in einem Kaffeehaus und dann in einer Gastwirtschaft am Moritzplatz. Inzwischen war die Ehefrau zu ihren Eltern gegangen, hatte diesen ihre Not mit dem Angeklagten geklagt und die Ermordung erwirkt, sich von dem Manne zu trennen und mit ihrem Töchterchen Unterschlupf bei den Eltern zu finden. Kurz darauf holte sie sich aus ihrer ehelichen Wohnung ihre Betten, allerlei Kochgeschirr und auch das Geld, welches der Ehemann in einem Koffer bewahrt und zog mit ihrem Kinde zu den Eltern. Nachts um 1 Uhr kam der Angeklagte nach Hause und als er die Frau und das Kind nicht mehr antraf und die Bekanntschaft der Sachen bemerkte, machte er sich nach der Wohnung des Schwiegervaters in Neukölln, Steinmeßstr. 68, auf den Weg. Er fand die Haustür offen und klopfte wiederholt hart an der Wohnungstür der Schwiegereltern. Schließlich machte sein Schwiegervater in der Küche Licht, Hebele sich notdürftig an, öffnete die Tür und fragte den Angeklagten nach seinem Begehren. Es kam zu kleinen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf plötzlich zwei Schüsse fielen, die der Angeklagte aus einem von ihm mitgebrachten Revolver auf seinen Schwiegervater abgefeuert hatte. Der Schwiegervater fiel vornüber und war nach kurzer Zeit tot. Der Angeklagte entfloß darauf, irrte die Nacht umher und wurde am nächsten Morgen verhaftet. Die Schüsse hatten beide den Todteten getroffen; der eine war in die rechte Schläfe, der andere in die Wundhöhle gegangen. Der Angeklagte behauptete, den Revolver nicht besonders zu sich gefesselt, sondern immer bei sich getragen zu haben und machte Notwehr geltend. Er behauptete auch, erlich belastet zu sein, doch kann nach ärztlichem Gutachten § 51 Str.G.B. keine Anwendung finden. — Rechtsanwalt Dr. Wertz hauer kam nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme zu dem Schluß, daß der Angeklagte tatsächlich in der Notwehr geschandelt bzw. in der Erregung und Bestürzung über das Eindringen des Schwiegervaters auf ihn die Grenzen der Notwehr überschritten habe. — Der Spruch der Geschworenen lautete auf Körperverletzung mit Todeserfolg. Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Das Urteil lautete auf 3 Jahre 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft.

Ein 16jähriger Buharier. Ein sehr „geschäftstüchtiger“ junger Mann stand in der Person des jetzt 17jährigen Handlungsgehilfen Karl Wiedeke vor der Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des regelrechten Geldbudders. Eine Robbinin B. war vorübergehend in Not geraten und suchte durch eine Rettungsannonce ein Darlehen von 50 M. Auf dieses Inserat hin meldete sich der damals 16jährige Angeklagte, der sehr großspurig als „Geldgeber“ auftrat. Nach längerem Hin und Her erklärte der Herr Bankier im Kleinformat, das Geld nur in Höhe von 22 M. und nur unter der Verpflichtung einer monatlichen Rindzahlung in Höhe von 3 M. hergeben zu können. Frau B. ging in ihrer Notlage auf alles ein, zahlte auch die Zinsen und später nochmals 5 M. für „Prolongation“. Wie ein Weisheit ausredete hat der fündige Kumpel bei dieser schwierigen Finanzoperation mit einem Risiko von nur 498 Proz. gearbeitet. Das Schöffengericht sah die Sache milde an, obgleich der Angeklagte die Frau infolge ihrer Vergrünung, den Buhariergewinn zu zahlen, sogar noch verlor hatte. — Der Angeklagte war zu einem Verweise und 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden und legte hiergegen noch Berufung ein. Als ihm der Vorsitzende Geh. Rat Pauls den Rat gab, die Berufung zurückzunehmen, erklärte der sonst so selbstbewusste „Bankier“, daß er danach „erst seine Mama fragen müsse“. — Die Berufung wurde natürlich auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Wiedeke, Berlin. Verlag: Socio-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. **Stern 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.**

## Die auswärtige Politik im Reichstag.

179. Sitzung, Montag, 24. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Von Bundesratsmitgliedern: v. Hertling, v. Payer, v. Kühlmann, Waltraf.

Das Notgesetz über den Etat der Schutzgebiete wird debattiert. Es folgen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die allgemeine Debatte über den

### Etat des Reichsanzlers und des Auswärtigen Amtes.

Hierzu liegt ein Antrag Stresemann (nack.) vor, einen Ausschuss zur Prüfung der Reform des Auswärtigen Amtes einzusetzen, in dem außer Vertretern des Bundesrats, des Reichstags, des General- und Admiralstabs insbesondere auch Vertreter des am Ueberseehandel beteiligten Kaufmannstandes und der deutschen Exportindustrie berufen werden sollen.

### Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann:

Ein kurzes Bild über die Gesamtlage der Reichspolitik: Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der uns benachbarten Verbündeten und befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende Staatsmann und Minister des Aeußeren, Graf Czernin aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der stets bundesfreundlichen Tätigkeit des Grafen Czernin zu gedenken, und wenn uns etwas das Scheiden dieses Ministers als nicht den Interessen unseres engeren Verbandes schädlich hat erscheinen lassen, so ist es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft und Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allen Zweifel erhaben gewesen ist. (Beifall.) Die enge persönliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit, die mich mit dem Grafen Czernin verbunden hat und die bei der Lösung der Ostfragen so wesentlich zum Gelingen beigetragen hat, hat sich auch unter dem Grafen Burian fortgesetzt. Unter der Ministerpräsidentenschaft des Grafen Burian hat die Kaiserentrevue stattgefunden, ein Akt, den die Geschichte der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen seinerzeit als bedeutungsvoll voranschreitend bezeichnen wird. Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise in Gegenwart der leitenden Staatsmänner aus Neue versichert, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue halten, sondern auch

### das Bündnis erweitern und vertiefen

wollen. (Beifall.) Den Meinungen der beiden Kaiser folgend, sind die Staatsmänner beider Staaten sofort in Verhandlungen eingetreten. Graf Burian hat bei seinem Besuch in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Reichsanzler die Grundfragen erörtert. Der Gedanken- und Schriftverkehr ist fortgesetzt und dürfte demnächst auch bei einem Gegenbesuch des Reichsanzlers in Wien seine Fortsetzung finden.

Mit Bulgarien, das in schwerer Zeit an unsere Seite getreten ist, sind die persönlichen und politischen Beziehungen immer enger geworden. Wir alle haben wohl bedauert, daß der hochberühmte Altmeister bulgarischer Politik, Radoslawow, der immer eine Seele des Bündnisses war, aus innerpolitischen Gründen vom Ministerposten zurückgetreten ist. Die würdigsten Beweise seines Nachfolgers, der erhabene Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der die bulgarische Krone trägt, sind für uns die sicherste Gewähr, daß der Personenwechsel kein Absweichen von der bisherigen Politik bedeutet.

In der Türkei sind innere Veränderungen nicht vor sich gegangen. Die bewährten Staatsmänner, der Großwesir Talat Pascha und die Vizegeneralsminister Enver Pascha, stehen noch auf denselben Posten, die sie während des Krieges so wirksam ausgefüllt haben. Ganz selbstverständlich ergeben sich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes Einzelfragen, die die diplomatische Aufmerksamkeit beider Teile in hohem Maße in Anspruch nehmen. Ich erwähne die Lösung der Nordostbulgarien-Frage, die Regulierung der Maritimgrenze und den Kaukasus. Aber nirgends besteht ein ernsthafter Interessengegensatz zwischen uns und der Türkei, vielmehr ist die gegenseitige herzliche Freundschaft sowohl der Völker wie der leitenden Staatsmänner eine Bürgschaft dafür, daß alle diese Fragen eine befriedigende Regelung finden werden. In den nächsten Tagen wird eine

### Konferenz zwischen Vertretern des Vierbundes und der kaukasischen Völker

zusammentreten, um die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen der Lösung entgegenzuführen. In Rußland haben Götungstoffe nationaler und sozialer Natur zu revolutionären Erscheinungen geführt und den russischen Staatslokal in eine Lage gebracht, die heute noch nicht als stabil bezeichnet werden kann. Der Leitstern unserer Politik gegen Rußland ist: Scharfe Beobachtung, äußerste Vorsicht und (soweit es sich um interne russische Angelegenheiten handelt) weise Zurückhaltung. Der finnische Vordenker ist von den roten Garden gereinigt und alles deutet darauf hin, daß Finnland im Begriff steht, seine hohe Kultur in Form eines selbständigen Staates weiter zu entwickeln. Die Zerstückelung des Baltikums durch die im Friedensvertrag vorgesehene Linie hat eine außerordentlich schwierige Situation geschaffen. In Übereinstimmung mit der gesamten deutschen öffentlichen Meinung haben wir uns entschlossen, auf den Hilferuf der Provinzen Estland und Livland diesen zu Hilfe zu kommen und das rote Schreckensregiment durch ein Regime der Ordnung und der Ruhe zu ersetzen. Vor endgültiger diplomatischer Anerkennung dieser staatlichen Gebilde wünschen wir mit der russischen Regierung der Sowjets in Moskau in einen Gedanken- und Schriftverkehr einzutreten, unter welchen Modalitäten die

### Anerkennung der Selbständigkeit

solcher staatlichen Neubildungen erfolgen solle. Da auch noch andere Fragen der Klärung bedürfen, haben wir im Begriff, mit bevollmächtigten Vertretern der russischen Republik in Berlin Verhandlungen abzuhalten, die hoffentlich zu einer freundschaftlichen Einigung führen werden. Zur Bearbeitung der innerorganisatorischen Ostfragen ist ein besonderer kaiserlicher Kommissar ernannt worden. Was die Polenfrage anbetrifft, so hat bisher ihr fast unauflöslicher Zusammenhang mit der Lösung der baltischen Fragen zwischen Österreich und Deutschland die Entscheidung verhindert, ich hoffe aber, daß nach vor Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen sich eine befriedigende Lösung dieser Frage finden wird. Die drei Staaten, Georgien, Armenien und Aserbaidschan, haben sich zu einer transkaukasischen Republik vereinigt, um dadurch ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Die Türkei hat bei dem Vormarsch nach den ihr nach dem West-Europäer Frieden zugehenden Gebieten den linken Flügel der vormalig stehenden Truppen ziemlich weit in Gebiete hineingeschoben, welche für eine dauernde Okkupation oder Annexion durch die Türkei nicht in Frage kommen könnten. Nach Rücksprache der beiden obersten Heeresleitungen ist der türkische Vormarsch nach Kaukasien hinein eingestellt worden und die Modalitäten der künftigen Regelung der kaukasischen Angelegenheiten sollen in der Konferenz in Konstantinopel geordnet werden. Nachdem wir Georgien als Staat

anerkannt haben, und mit ihnen in freundschaftliche Beziehungen getreten sind, hat Georgien seinen Minister des Aeußeren nach Berlin entsandt, und wir unsererseits haben den General von Kretsch in diplomatischer Mission nach Tiflis geschickt. Wir wünschen dem georgischen Staat und seinem tapferen Volke, eine gedeihliche Zukunft. (Beifall.)

Gegenüber Finnland, Schweden und Dänemark wünschen wir alle auftauchenden Fragen in Freundschaft zu behandeln. In der Frage der Ålandsinseln hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß die vertragswidrigen Befestigungen beseitigt werden sollen; über die Zukunft dieser Inseln ist Endgültiges noch nicht beschlossen worden. Dänemark, Holland und die Schweiz haben unbeeinträchtigt ihre Neutralität festgehalten und darüber hinaus das Möglichste getan, die Leiden der Verwundeten und Kriegsgefangenen zu lindern. (Beifall.) Der bisherige Verlauf der Haager deutsch-englischen Gefangenenaustauschkonferenz beruht auf der Hoffnung, daß dieses Werk der Menschlichkeit gelingen wird. (Beifall.) Auch Spanien hat keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich in den Dienst der Humanität zu stellen. — In Südamerika sind einige kleinere Staaten unter dem Druck der Union auf die Seite unserer Feinde getreten. Es ist die Politik der Reichsleitung nach wie vor, daß wir alles zu tun beabsichtigen, um den Eintritt weiterer neutraler Staaten in den Konflikt unserer Feinde unmöglich zu machen.

Die Beziehungen zu den anderen Staaten sind zurzeit rein militärischer Natur. Die Lage im Westen, wo unsere Heere unter der genialen Führung, welche ihnen Gott gegeben hat, von Sieg zu Sieg geschritten sind, ist derart, daß die Initiative vollkommen bei der deutschen Obersten Heeresleitung ruht, und daß wir hoffen können, daß der Sommer und der Herbst unseren Waffen neue große Erfolge bringen werden. Die österreichisch-ungarische Armee hat in frischem Anlauf die italienische Stellung angegriffen und nennenswerte Erfolge errungen, große wichtige Verbände der Feinde an ihre Front gesiebt. Der längste Tag des Jahres ist bereits vorüber (Sehr richtig! Heiterkeit), und wenn man von weiterem Fortschritt überblickt, muß man sich fragen: wird dieser Krieg nach menschlichem Ermessen noch im Herbst und im Winter in das fünfte Jahr hinüberdauern? Vielfach herrscht in unserer Öffentlichkeit die Meinung, daß

### die Länge dieses Krieges

ein absolutes Nubium bedeutet, als hätten die maßgebenden Stellen mit sehr langen Kriegen in der Neuzeit überhaupt nicht mehr gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen Beringeren als den Feldmarschall Graf Kollitz, der in diesem Hause am 14. Mai 1800 ausgesprochen hat: „Meine Herren, wenn der Krieg, der schon jetzt mehr als zehn Jahre lang wie ein Dammeschwärmer über unseren Häuptern schwebt, zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche gerufen wie nie zuvor, miteinander in Kampf treten. Keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwinden erklärten, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nie wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist der Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann auch ein dreißigjähriger Krieg werden. (Unruhe.) Wehe dem, der Europa in Brand steckt, wer den ersten Funken in das Pulverfaß schleudert.“ Die Verhältnisse haben sich seit der Zeit nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Rüstungen seit dem noch ungeheurer verstärkt haben und nicht nur, wie es damals als wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern auch große überseeische Mächte wie Japan und Amerika in den Kampf eingetreten sind. Mit Sicherheit irgendeinen Augenblick ins Auge zu fassen, an welchem man sagen könnte, dieser Krieg muß zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich, und man muß deshalb nach den politischen Motiven auspähen, welche eventuell eine Friedensmöglichkeit eröffnen könnten. Nach dieser Seite muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf Seiten unserer Friedenswilligkeit, Friedensbereitschaft noch nirgends hervorgetreten ist. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breitesten Öffentlichkeit bestimmt waren, ihrerseits ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner aufzuweisen, was sich einigermaßen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Verantwortung der Völkerverträge in einer Reihe stellen könnte. (Sehr richtig!) Und die Behauptungen unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Öffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen

### nach keinen Lichtschein

in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen. Minister Valfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Öffentlichkeit viel beachtete Rede gehalten, auf die ich mit wenigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur im telegraphischen Auszug vorliegt. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Welt Herrschaft an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Welt Herrschaft erringen, und ich glaube nicht, daß irgend ein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser und die Regierung, auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, es könnte durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Welt Herrschaft gewinnen. Der

### Gedanke der Welt Herrschaft

in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche diese demotivierten wollte, würde sich, wie es Frankreich am der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in nutzlosen Kämpfen verbluten und in ihrer Entwicklung auf das Schwerste geschädigt und zurückgeschraubt werden. (Sehr richtig!) Dieser Krieg — und hier kann man das zitierte Wort Kollitz anwenden: „Wehe dem, der Europa in Brand steckt!“ — ist — das zeichnet sich immer deutlicher ab — das Werk Rußlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der leitenden russischen Kreise vor der Revolution, welche die unhaltbaren Verhältnisse in dem Lande näher und näher rücken. Ich glaube, man kann jetzt schon sagen, ohne von dem Ergebnis weiterer Entschlüssen und Forschungen demotiviert zu werden, daß, je tiefer wir in die Vorgeschichte dieses Krieges eindringen, sich desto klarer ergeben wird, daß die Macht, welche den Krieg eigentlich geplant und gewollt hat, Rußland gewesen ist. Daß die anderen Mächte, daß Frankreich als Kriegsgegner dabei schuldig mitgespielt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung unmittelbar vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen stark entfachen mußte, dafür gibt es bereits genügend Beweise. — Soviel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln und hat vor allem nicht einen Augenblick gedacht, dieser Krieg könne auch nur zur Beherrschung Europas, geschweige denn

zur Welt Herrschaft führen. Im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben, wesentliche Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Orient und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in vollkommen zufriedenstellender Weise verwirklichen zu können. Also kein Augenblick unserer neuen Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln, als die Zeit, wo er eintrat.

Ich halte es aber für nützlich und notwendig, nicht nur die Regierung zu sehen, nicht nur zu sagen, daß die Valfour'sche Behauptung

### ein Hirngespinn, wenn nicht eine Verleumdung

ist, sondern ich halte es für notwendig, in wenig Worten ganz einfach und leicht verständlich zu sagen, was wir positiv wollen. Wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten —

daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben können, daß wir über See den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichtum und unseren bewiesenen kolonialwirtschaftlichen Fähigkeiten entspricht, und daß wir die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel, unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen.

(Beifall.) Das sind mit wenigen allgemein verständlichen Worten die Ziele, deren Erreichung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. (Erneute Zustimmung.)

Ich habe die Ehre gehabt, bei einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unversehrtheit des Grundgebietes des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich Voraussetzung — für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe mir damals auszusprechen erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Einigung sein können, und ich glaube, so steht die Sache auch noch heute. Es wird uns von englischer Seite immer wieder der Vorwurf gemacht, daß wir

### in der belgischen Frage

auf englische Anpassungen hin nicht bereit seien, in öffentlichen Erklärungen Stellung zu nehmen. In diesem Punkte differieren auch die grundsätzlichen Anschauungen der kaiserlichen Regierung vor denen, welche die englischen Staatsmänner nun zumuten. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamtsystem der Fragen, wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorverhältnis Erklärungen abzugeben, die uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzusetzen. (Sehr richtig!) Uebrigens hat Mr. Valfour vorstimmigweise schon hinzugefügt, wir sollten keineswegs glauben, daß eine Einigung über die belgische Frage den Schatz der englischen bzw. ententischen Wünsche schon erschöpfe. Er hat sich wohlweislich gehütet, uns die Punkte zu bezeichnen, an denen er weitergehende Ansprüche oder Wünsche angemeldet vor hat. Nach den früheren Erfahrungen ist der Verdacht nicht unberechtigt, daß diese Worte einerseits an die Adresse von Paris gesprochen waren, und daß andererseits der Blick über das Mittelmeer hin nach dem augensichtlich von englischen Truppen besetzten Teil Palästinas und Mesopotamiens schweift. Ich höre schon heute die Veränderung, die feinerzeit für solche Wünsche gegeben werden wird, daß England doch unmöglich die großen Opfer an Gut und Blut gebracht haben könne, ohne auch für sich selbst einen beachtlichen Gewinn erwarten zu dürfen. (Sehr richtig!)

Was nun den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse betrifft, so ist früher vom Reichsanzler und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung auf dem Wege zum Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von den Rednertribünen aus zurufen,

### ein wirklicher Fortgang kaum mehr zu erwarten

ist. (Sehr richtig!) Wir können auch unsererseits genau die Worte uns zu eigen machen, die Mr. Asquith am 16. Mai gesprochen hat, wenn wir statt „die britische Regierung“ „die kaiserliche Regierung“ lesen:

„Die kaiserliche Regierung hat die Tür für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens nicht geschlossen, und wenn ein Antrag an sie gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungewissen schwebt, sondern auf festen Grundlagen ruht, dann wird, dessen bin ich sicher, ein solcher Vorschlag nicht an das Ohr eines Tauben klopfen. Möge das recht deutlich sein.“

Wir können unsererseits dieselbe Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß sie sich mit unserer Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedanken- und Schriftverkehr eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens an die gegenseitige Anständigkeit und Aufrichtigkeit hat. Solange jede Anregung von dem andern als Friedensoffensive, als falsche Unternehmung, um zwischen Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern auf das Heftigste sofort benutzert wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgend ein Gedanken- und Schriftverkehr eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Und ohne solchen Gedanken- und Schriftverkehr sei der ungeheure Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm beteiligten auch überseeischen Mächte

### durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.

(Sehr richtig! und Hört! hört!) Unsere Stellung, unsere ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, an Entschlossenheit im Innern, gestalten es uns, diese Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an Sieg ein Traum, eine Illusion ist, und daß, wie Mr. Asquith von uns erwartet, sie auch feinerzeit den Weg finden werden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, die der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen. (Beifall.)

### Abg. Gröber (3.):

Die von Rußland abgetrennten Randstaaten sollen uns mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versehen und von Deutschland Schutz und Förderung genießen. Besonders kommen hierfür Finnland und die Ukraine in Betracht. Wir müssen das Vertrauen der ehemals russischen Gebiete gewinnen, um sie von der asiatischen Kultur loszureißen. Freilich sind in dieser Richtung die guten Absichten der deutschen Regierung durch eine schlechte Organisation nicht zur Ausführung gekommen. Es ist höchste Zeit, die polnische Frage endgültig zu regeln; denn schon hat die Entente den Polen ein phantastisches Bild eines Großpolen mit freiem Zugang zum Meer gezeigt. Es handelt sich im wesentlichen um die Wiederherstellung von Kongresspolen. Ein Treu mit uns verbündetes Polen wird für unsere notwendigen Schutz mehr bedeuten als ein irgendwie gestaffelter Grenzpreis.

In Spanien ist es nötig, der Bevölkerung in weissem Maße die Organisation der öffentlichen Einrichtungen zu überlassen. Maßnahmen wie das Schließen von Schulen, weil der Unterricht in der deutschen Sprache nicht vermehrt wurde, sind ganz falsch einem Volke gegenüber, das sich danach sehnt, als Freund behandelt zu werden. Solchen Gewaltmaßnahmen muß ein kräftiges Quos ego entgegenzusetzen werden. (Beifall.) Falsch ist es auch, die notwendigen Requisitionen nicht durch einheimische Wehrführer, sondern durch deutsche Vornehmen zu lassen und so das Odium auf die deutsche Verwaltung zu laden. Ganz unverständlich ist auch das

**Verbot an die Mitglieder des litauischen Landesrats,** nach Berlin zu reisen. Bei solchen Maßnahmen darf man sich nicht wundern, wenn die anfangs uns sehr geneigte Stimme der Bevölkerung in ihr Gegenteil umschlägt.

Die Unabhängigkeitserklärung von Estland und Livland hat die deutsche Regierung der russischen Übermacht; das war ihr gutes Recht und nach dem West-Baltischer Frieden, der diesen Völkern das Recht der Selbstbestimmung bis zur Auflösung von Rußland gibt. Wenn diese Völker nun diesem Recht Gebrauch machen, so hat Deutschland allen Anlaß, sie hierbei zu unterstützen, zumal sonst England sofort versucht hätte, sich dort einzumischen und an der Spitze festzusetzen. (Sehr richtig!) Das hat England auch in Finnland getan. Mit deutscher Hilfe ist dort der Krieg, der mit Hilfe finnischer Anarchisten geführt wurde, niedergeschlagen und unser Schutz muß dem Lande gewährt werden, bis die Ordnung völlig wiederhergestellt ist. Nur müssen wir uns hüten, uns irgendwo in die Art der Ordnung der inneren Verhältnisse einzumischen. Dasselbe gilt für die Ukraine, die auch unsern Schutz anrufen hat, und wo man herzlich froh ist über den Einmarsch unserer Truppen. Getreide ist aus der Ukraine bisher nur in minimalen Mengen zu uns gekommen, doch wird sich das jedenfalls bessern. Es handelt sich um die richtige Vorbereitung zum allgemeinen Frieden. Die blutdürstigen Anseherungen der feindlichen Staatsmänner lassen freilich wenig Hoffnung, daß wir in diesem Jahre noch zum allgemeinen Frieden kommen. Trotzdem kommt es mir vor, daß der Höhepunkt des Völkerkrieges vorüber ist. Deutschland und seine Kriegsgenossen sind jedenfalls kein Hindernis des allgemeinen Friedens. Die Einzelheiten zu prüfen, können wir unseren Diplomaten überlassen. Unsere Zustimmung wird ihnen nicht fehlen, wenn sie uns mit den richtigen Forderungen vorangehen. (Bravo! im Zentrum.)

**Abg. Dr. David (Soz.):** Der rumänische Frieden hat zwar formell den Krieg im Osten abgeschlossen, aber tatsächlich glüht und schwelt es noch auf dem Brandherd an allen Ecken und keine Flammen schlagen empor. Leider sieht auch immer noch deutsches Blut im Osten. Die schwere Sorge, daß dieser Friede nur eine Atempause sein werde, lastet auf uns. Die Enttäuschung, die der Ukraine-Frieden gebracht hat, ist allgemein. Dieser sogenannte Brot-Friede hat weder Brot noch Frieden gebracht. Man sieht Schwärzungen des Transports an. Gewiß, aber der Hauptgrund ist wohl, daß die Männer, die dort die deutschen Interessen zu vertreten haben, nicht in der richtigen Weise zu Werke gegangen sind. Man hat geglaubt,

**mit der militärischen Methode** auch eine solche Aufgabe lösen zu können, mit der Befehlsgewalt, mit Strafandrohung und mit dem Bajonett im Hintergrund. So hat man, statt den guten Willen zu erzeugen, den bösen Willen verstärkt. Herr Gröber meint, man müsse es versuchen, mit Bauern umzugehen. Eben dieses Verständnis hat auf deutscher Seite vollkommen gefehlt. Das hat seinen tiefsten Grund. Die Herzen, die dort die deutschen Interessen wahrnehmen sollen, stehen den Vorgängen der russischen Revolution mit großer Verständnislosigkeit und innerer Abneigung gegenüber. Der Kern der russischen Umwälzung liegt doch darin, daß dort die proletarischen Massen der Landbauer anstürmen gegen die wirtschaftliche, politische und soziale Herrschaft der Großgrundbesitzer. Es ist der Wiederbruch der letzten Feudalherrschaft auf europäischem Gebiet. Freilich gibt es auch hier noch Reste der alten Feudalherrschaft. Der einflussreichste Rest sind die Okschier. Dem selbstischen Geist aber weichen die Männer, die jetzt die deutsche Politik im Osten machen sollen. (Zuruf rechts: Coenen!) Es sind entweder direkt Okschier oder hohe Militärs, die sich in die Denkart des preussischen Junkertums völlig eingelebt haben.

Die Regierung hat im Osten jetzt fast so wenig Einfluß wie der Deutsche Reichstag, die Militärverwaltung entscheidet dort. Es sind gewiß sehr tüchtige Männer von großem Pflichtgefühl, aber es ist für sie unmöglich, sich in Kontakt mit proletarischen häuerlichen Massen zu setzen, denn sie sind von Haus aus gewöhnt, denen nur zu befehlen. Die andern sind die Hinterlassen, sie sind die Herren. (Ermunter Zuruf rechts: Gröber!) Herr Gröber ist General und Untergeordneter des Feldmarschalls v. Eichhorn. Wenn er sich im Gegensatz zu diesem Geist gestellt hätte, würde er die längste Zeit preussischer General gewesen sein. Hier hat er ja Rechnung gemacht, etwas gegen den Stachel zu lösen. Aber da ist er verblüdet worden. (Große Heiterkeit.) Die offizielle Schönfärberei sucht natürlich mit Hilfe der Zensur die Dinge, die dort vorgekommen sind, zu rechtfertigen. Tatsache ist, daß die deutschen Funktionen sind, so bald sie dort hinliefen, unzulänglich mit den ihnen nächststehenden Grundherren in Verbindung gesetzt haben. Zu der demokratischen Regierung, die sie zu Hilfe gerufen hatte, hatten sie überhaupt kein Verhältnis. Ihr Streben ging dahin, dem demokratischen „Gegensatz“ ein Ende zu machen. So haben sie mit den Grundherren den Staatskrieg vorbereitet und haben dann die gepanzerte Faust schützend über die Vorgänge gehalten, durch die sich der neue Feind an den Seiten schwang als Diktator von Unaben der deutschen Militärpolitik. Diese Vorgänge sind kein Ausnahmefall für uns, am wenigsten der militärische Einbruch in die Sitzung der Zentralrats mit vorgehaltenem Revolver und dem Zuruf in russischer Sprache:

**„Im Namen der deutschen Regierung — Hände hoch!“**

Das ist die Methode des Herrn v. Oldenburg mit dem Leutnant und zehn Mann. Diese Vorgänge sind für uns außerordentlich peinlich. Schämmer ist, daß ihre Wirkung für die deutschen Interessen höchst schädlich ist. Ihr Zweck sollte sein, nun endlich das Brot zu kriegen. Aber nicht einmal dieser Zweck ist erreicht worden, sondern lediglich der Haß der Massen des ukrainischen Volks gegen die deutschen Truppen. Sie sehen in den Deutschen die Helfershelfer einer kontrerevolutionären Bewegung, deren Ziel ist die Entzugsmacht der kleinbäuerlichen Bevölkerung gegen die frühere Bedrückung und Ausbeutung wieder zu befestigen.

Nicht herrscht unter dem deutschen Einfluß in der ganzen Ukraine politische Reaktionen mit Versammlungswortreden usw., um eine Landesversammlung in Kiew zusammenzubekommen, die den Zweck der deutschen Besatzung angeht. Das ist eine politische Bergverwaltung und die Folge dieses Eingriffs in die inneren Verhältnisse des Landes ist unübersehbar, daß die Massen von wildem Haß gegen die deutsche Verwaltung erfüllt sind. Die Herrschaft des Imperialismus muß lediglich auf den deutschen Bajonetten. Deshalb ist auch gar keine Aussicht, daß unsere Truppen dort herausgezogen werden. Wie aus dieser Stimmung des Hasses gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland geschaffen werden sollen, ist nicht ersichtlich. Das gleiche Resultat hat man in Finnland erreicht durch die Einmischung in den Bürgerkrieg zwischen den kapitalistischen Grundbesitzern in Finnland und der großen Wehrmacht der deutschen Arbeiter und Bauern. Nach Niederwerfung der finnischen Wehrmacht unter dem Schutz der deutschen Truppen hat man

**ein Wahl- und Rathesgericht**

über die gefangenen Ögmer geübt, hat sogar die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollkommen aus der Kammer vertrieben und schließlich eine Diktatur geschaffen, die mit Pressefreiheit, Versammlungen, Wahlrecht, Verleumdung einhergeht. Der Diktator Swinhofund hat sich schließlich mit neun gegen acht Stimmen den Beschluß auf Einführung der Monarchie erungen, während er bei seinem Besuch in Berlin mir gegenüber erklärt hatte, es denke kein Mensch in Finnland an eine Monarchie, sie seien alle Demokraten und Republikaner. (Hört! hört!) Ich möchte den Männern, die etwa auf den finnischen Königsthron reflektieren, ob sie nun aus Medlenburg oder aus Berlin kommen, dringend raten, vorher den Beschluß einer aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen konstituante herbeizuführen. Geht er ohne diesen dort hin, so wird sich gegen ihn der Haß des Volkes richten. Ebenso hat sich in Estland und Livland die deutsche Verwaltung durch ihre Politik in feindlichen Gegensatz zu der großen Masse der Bevölkerung gesetzt. Die demokratische Regierung hat man weggesetzt und die alte Ritterherrschaft und Landesherrschaft wieder aus der Kumpellkammer hervorgeholt und etwas neu aufgebürstet. Es ist die reinste Komödie, von einer Volksvertretung ist doch keine Rede. So ist dann der Beschluß der Personalunion zustande gekommen. Die alte Regierung hatte die beste Absicht, sich mit der Reichsleitung zu verständigen. Aber man hat ihre Vertreter nicht nach Berlin durchgelassen. Auch in Kurland ist es so gegangen. Fortgesetzt bekommen wir Briefe, die darüber klagen, daß dort niemand etwas von der Wahl einer Volksvertretung wüßte, die Zeitungen werden unterdrückt, man protestiert gegen Beschlüsse, die von einer kleinen Herrenkaste ausgingen. Die Folge ist auch hier der

**Haß auf der ganzen Linie**

gegen die deutsche Verwaltung. Was soll daraus entstehen? Nach dem West-Baltischer Frieden untersteht das Gebiet von Estland und Livland der russischen Oberhoheit. Das hat auch die deutsche Regierung ausdrücklich anerkannt. Die russische Regierung hat das Selbstbestimmungsrecht für Unabhängigkeitserklärungen dieser Länder. Hernach kann keine Vereinbarung getroffen werden über den Kopf und gegen den Willen der russischen Regierung. Herr v. Rühlmann hat erklärt, daß bei allen solchen Vorkommnissen vorher ein Gedankenaustausch mit der russischen Regierung gepflogen werden solle und hierbei werde man sich der rechtlichen Lage wohl bewußt sein; wir hätten das größte Interesse daran, daß wir nicht wieder in neuen heillosen Konflikten mit Rußland hineinkommen. Das liegt auch im höchsten deutschen Interesse. Unser dringender Wunsch ist, daß bei den bevorstehenden deutsch-russischen Besprechungen zu verfahren werde. Das deutsche Volk will mit dem russischen, aber auch mit den Esten und Letten in Frieden und Freundschaft leben.

Trotz der formalen Unabhängigkeitserklärung Lituens ist alles beim Alten geblieben. Statt Selbstverwaltung und Selbstbestimmung herrscht dort die militärisch-autokratische Stappverwaltung nach wie vor. Militärisch zwingende Gründe dafür kann es nicht geben, der eigentliche Grund ist, daß die Herren von der Militärverwaltung auch in die politische Gestaltung dieser Gebiete entscheidend hineinreden und die Kompetenz der politischen Leitung an sich reißen wollen. (Sehr richtig!) Die wiederholten Reichstagsbeschlüsse, eine Selbstverwaltung einzurichten, sind unerfüllt geblieben. Man hat zwar einen Zivilkommissar ernannt, der dem Staatssekretär des Innern untersteht, aber dadurch sollen nur die Maßnahmen der Militärverwaltung nach außen hin von der Zivilverwaltung gedeckt werden. Was hat z. B. die militärische Regelung des Schulwesens mit der militärischen Sicherheit zu tun? Die angeblich aufgehobenen Zwangsarbeitsbataillone sind noch da mit all ihren Unzulänglichkeiten und Schaulustigkeiten. Man hat einfach den Arbeitern höheren Lohn versprochen, wenn sie einen Wehrdienst unterzeichnen, daß sie freie Arbeiter sind. (Hört, hört!) Und so hat man sie im Handumdrehen in freie Arbeiter umgewandelt. Die große, aus dem Kampf gegen den russifizierenden Jargonismus und aus zwingenden wirtschaftlichen Interessen entspringende Sympathie der Litauer für uns, das Vertrauen, das sie den deutschen Truppen entgegenbrachten, ist nach Möglichkeit ausgelöscht, Mißtrauen, Verstimmung und Haß sind gesetzt worden. Die litauischen Parteien, die sämtlich häuerlicher Natur sind, haben längst einen demokratischen Aufbau ihres Staatswesens gefordert. Demokratie aber ist der Schein und Ureuel für die deutsche Militärverwaltung. In Wilna ist ja auch jene famose Schrift zum Dienstgebrauch der Auslieferungsoffiziere der 10. Armee erschienen, die sich gegen die Weibdemokratie richtet, und deren Verständnislosigkeit und fanatischen Haß gegen alles Demokratische man sich vergegenwärtigen muß, um die Klüfte zu verstehen, die sich zwischen der Militärverwaltung und der litauischen Intelligenz aufgetan hat. Unter dem Vorwand, daß über die Gutmachung der Requisitionen gesprochen werden soll, lobet man die Litauer zu Versammlungen ein, die sich dann für eine Personalunion mit Preußen aussprechen sollen. Aber bei den Litauern ist man damit an die Unaroben gekommen. Ein Teil von ihnen will die Republik, ein Teil eine Monarchie, aber etwa nach dem Vorbild des so demokratischen Dänemarks. Man will ja auch schon Georgien mit einem deutschen Prinzen beglücken und der Breiton von Kaukasien soll ja eine neue Gastrolle in Albanien spielen wollen. (Heiterkeit.) Man scheint die

**Ausfuhr der deutschen Prinzen englos**

betreffen zu wollen, aber man glaube nicht, daß damit die nationale und politische Valuta unseres Staates gehoben wird. (Sehr gut!)

Die Polen werden uns gleichfalls immer mehr entfremdet. Die polnische Frage ist in erster Linie von ihnen selbst zu entscheiden. Deshalb ist es von vornherein zurückzuweisen, daß man z. B. in der Cholm-Frage verhandelt hat, ohne die polnische Regierung zuzuziehen. Was daraus entspringen ist, zeigt die ungeheure Suspicion der ohnehin schon so kritischen Verhältnisse in Oesterreich. (Sehr wahr!) Es gibt gar keine befriedigende Lösung der Ostfragen ohne Freundschaft mit Polen. Die von den Annerktionen verlangten Grenzübertragungen gegen Polen müssen aber dieses Volk geradezu der Entzerte in die Arme treiben. Statt Befreiung empfinden die Völker der besetzten Ostgebiete eine neue Knechtschaft, sie empfinden sie schwerer als die zaristische Herrschaft, die so schwer auf ihnen lastete, sie leben ihr geistiges und politisches Leben geknechtet und meinen, daß diese Jahre zu dem schlimmsten gehören, was sie seit Jahrhunderten erlebt haben. Das alles geht weit über Kriegsnutzen hinaus. (Zuruf der Polen; — Vizepräsident Dove: Herr Korfanti, Sie brauchen doch nicht immer den Chor zu machen. — Heiterkeit.) Die Entzerte liegt auf der Dauer nach solchen deutschen Fehlern. Es ist höchste Zeit, umzukehren. Die Grundlage für die notwendigen Verhandlungen ist gegeben: die gemeinsamen Interessen dieser Völker mit uns. Erst dauernde Freundschaft mit ihnen erweitert Mittelunterstützung zu weltwirtschaftlicher Größe. Das Kriegsziel der demokratischen Verständigungs-politik kann

**durch die militärische Gewalt nicht erreicht**

werden, sondern nur durch Verständigung auf dem Boden beiderseitiger Interessen. Sehr erfreulich war der Artikel der „Kreuzzeitung“, der ohne Scheu den alldeutschen Annerktionen die Beschränktheit ihres Horizons vorgeführt hat. Dieser Artikel war eine der besten Begründungen der Friedensresolution. Diese scheint übrigens nach der heutigen Rede von Rühlmanns doch nicht irgendwo ad acta gelegt zu werden. Sie besteht und lebt in voller Kraft. Inzwischen haben auch die Nachwahlen gezeigt, daß die große Mehrheit der deutschen Wähler sich auf dem Boden des Verständigungsfriedens, des Beschlusses der Reichstagsmehrheit steht. (Sehr wahr!)

Das deutsche Volk ist bereit, einen Frieden der Verständigung auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und wirtschaftlicher Gleichberechtigung jederzeit anzunehmen. Dabei bleibt's, das mag alle Welt wissen!

(Beifallige Zustimmung bei der Mehrheit.) Leider besteht die gleiche Bereitschaft zum Frieden auf der Seite unserer Gegner noch nicht. Ein Vergleich zwischen den jüngsten Reden Burians und Valfours beleuchtet scharf die Situation. Die Hauptfrage ist: Mit man bereit, heute gleich sich an den Verhandlungstisch zu setzen? Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt, auf der anderen Seite aber erwartet man noch immer die Entscheidung von den Waffen. Die deutsche Regierung muß volle Klarheit schaffen, daß der annerktionse Verstandigungsfrieden sich auch auf Belgien bezieht. Eigentlich ist das klar; leider aber wird von einflussreicher Seite immer noch der Gedanke von Annerktionen in Belgien propagiert und das macht sich die Entente zunutze. Auf dieser Basis der Kriegsverlängerung lastet eine schwere Verantwortung. Die deutsche Regierung muß endlich positiv auch in dieser Frage ihre Stellung klarlegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem Moment hört Belgien auf, eine Waffe für die englischen Kriegstreiber zu sein und verwandelt sich in eine Waffe zur Verstärkung der Friedenskrönung in den Waffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Valfour freilich hat gemeint, eine Erklärung bezüglich Belgiens genüge noch nicht, und verwies auf

**Etsch-Vorbringen.**

Darauf müssen wir antworten: Etsch-Vorbringen ist überaus wichtig alles deutsches Land. Der aus direkten demokratischen Wahlen hervorgegangene Landtag hat klar bekundet, daß er das Programm der französischen Nationalisten nicht teilt. Die Etscher wollen volle Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches. Das will auch die deutsche Sozialdemokratie und die französische Sozialdemokratie hat vor dem Kriege das Ziel akzeptiert. (Sehr wahr!) Wir fordern daher, daß Etsch-Vorbringen die volle Autonomie alsbald gewährt wird, daß dem Landtag die volle Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird und die militärische Willkürherrschaft dort aufhört. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland strebt nicht nach Hegemonie über andere Völker; es ist jeden Tag bereit zu einem Verständigungs-frieden. Wir bedauern tief, daß das Wort ein Westen weitergeht. Wir bewundern den Heldenmut unserer Truppen und danken ihnen. Aber als einzig zu verantwortendes Ziel dieser Kämpfe erachten wir die Eringung der Friedensbereitschaft unserer Gegner. An dem Tage, wo dieses Ziel erreicht ist, wo unsere Gegner sich bereit erklären, zu verhandeln über einen Frieden auf der Basis der beiderseitigen Integrität, der weltwirtschaftlichen Gleichberechtigung, wird das Wort sein Ende nehmen. Niemand im Deutschen Reich hätte die Macht, den Krieg darüber hinaus, um weitergehender Ziele willen, fortzusetzen. Das deutsche Volk hat seinen Friedenswillen bekundet. Wären das nun die Völker der mit uns Krieg führenden Staaten auch ihrerseits tun. Von ihrem Willen hängt es ab, der Menschheit endlich den Frieden zu geben, der nicht ein bloßer Waffenstillstand mit neuen wahnwitzigen Rüstungsanstrengungen, sondern ein Friede der Wiedergewinnung des höchsten Kulturliebens sein kann. Gelint es, im Sinne der Reichstagsresolution eine Begrenzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu erzielen, so wird das deutsche Volk dem mit vollem Herzen zustimmen. Das deutsche Volk ist frei von einer überheblichen Selbstgerechtigkeit, die die Völker trennt in solche, die Freiheit und Recht wollen, und solche, die dem Höherdienst des Geldes verfallen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es weiß sehr wohl, daß kapitalistische Gewinngründ und imperialistische Gewaltanwendung auch in Deutschland während des Krieges wahre Orgien feiert. (Sehr wahr!) Rüge die Regierung gegen diesen Höherdienst in eigenen Lande Front machen! (Sehr wahr! Beifallige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Angefaßt des fünften Kriegswinters muß die Regierung das Außerste tun, die Ernährung sicherzustellen. Daß man heute noch wagt, Preußen zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, ist ein Skandal! (Sehr richtig!) Wenn die Regierung es zuläßt, daß das Königswort zum Gespött der Welt wird, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. (Sehr richtig!) Die Demokratie muß und wird trotz aller Widerstände auch in Deutschland ihren Weg finden. (Beifalliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Graf Westarp (L.):** Den „Kreuzzeitungs“-Artikel hat der Vorredner nicht verstanden. (Lachen und Aharufe links.) Im Vorredner geben die Artikel nur die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die russische Revolution, die von unseren Sozialdemokraten so begeistert aufgenommen wurde, hat sich nicht als ein Aufstieg zu einer höheren Ordnung bewiesen. Für Deutschland gibt es nur ein Ziel: seine Sicherheit zu sichern. Darum müssen wir unsere Grenzen weit nach Osten hinauschieben. Eine österrussisch-polnische Personalunion würden meine Freunde nicht begehen. Die vom Dr. David vorgebrachten Fälle militärischer Verträge in den besetzten Gebieten bezweifle ich. (Widerpruch des Abg. David.) Der deutsche Einfluß auf die Ostprovinzen muß ausgebaut werden, schon um ein Festhalten der Engländer im Baltikum zu verhindern. (Sehr richtig! rechts.) Rüge es der Heimatsregierung der Ukraine bald gelangen, dort geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Ein starkes Finnland ist auch ein starker Schutz gegen das Eindringen Englands über die Kurmanbahn in Rußland. Am ungeklärtesten sind die Dinge in Großrußland. Hier muß man heute noch nicht, was der morgige Tag bringt. Unsere Politik muß nach festen, zielbewußten Richtlinien geführt werden. In dieser Beziehung habe ich einen Teil der Ausführungen des Staatssekretärs Rühlmann

**nicht ohne schwere Beforgnis**

gehört. (Sehr wahr! rechts.) Daß niemand eine deutsche Welt-herrschaft will, ist selbstverständlich, aber mit der Aufstellung der Ziele, die Herr Rühlmann nannte, ist wenig erreicht. Es kommt auf die Wege an, auf welchen sie erreicht werden. Die Abschaffung des Blockade- und Seebüterrechts kann durch Verträge allein nicht erreicht werden, denn im Kriege werden die Verträge nicht beachtet. Wir müssen fordern, daß die Regierung auch in Bezug auf die Wege ein festes Programm hat und entschlossen ist, es durchzuführen. Hier haben wir nach der heutigen Rede Rühlmanns wie gesagt erste Beforgnis. Mit den Ausführungen über die am Kriege Schuldigen hat der Staatssekretär ein Kriegsgebeil ausgegraben, das eigentlich schon begraben war. England ist es, das die ausschließliche Herrschaft über die Welt und die Meere anstrebt. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb war es seit Jahren beschlossene Sache, Deutschland zu vernichten, deshalb ist England der intellektuelle Urheber dieses Krieges. Es war 1914 der Loh und Rußland der Hände Hölzer. Es handelt sich allerdings hier um einen Kampf von Weltanschauungen, um den Kampf gegen den Höherdienst des Geldes. (Große Heiterkeit links.) Wir müssen unsere Stellung in der Welt auch gegen den Willen Englands behaupten. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß Belgien und die flandrische Küste unter deutschem Einfluß bleiben. Die Erklärung, daß wir auf alles außer der Integrität zu verzichten bereit sind, ist nicht geeignet, den Friedenswillen der Feinde zu stärken. (Sehr richtig! rechts.) Sie wirkt als neues Friedensangebot. Daß zu einem Friedensschluß Verhandlungen führen, ist eine Unmöglichkeit. Aber die Voraussetzungen, daß die Feinde verhandeln wollen. Dazu muß man sie zwingen, und das einzige Mittel dazu ist der Sieg der Waffen. Der Staatssekretär scheidet nicht dieser Meinung zu sein. Ich kann es mir allerdings nicht recht denken. Der Staatssekretär würde damit keine günstige Stimmung bei den Truppen auslösen (Sehr richtig! rechts) und er würde sich damit in Widerspruch setzen mit Kundgebungen aller Art, die stets betont haben, daß nur der Sieg der deutschen Waffen uns zum Ziele führen kann. Wir vertrauen darauf, daß unsere Feldherren die rechte Zeit und den rechten Ort für den Sieg finden werden. (Beifalliger Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag, 2 Uhr, vertagt.



**Deutsches Theater.**  
Mit Max Pallenberg  
heute, Mittw., Donnerstag  
8 Uhr: **Bibikoff.**  
Freitag, Sonnab., Sonntag:  
Familie Schmek.  
Montag: **Bibikoff.**  
Kammerspiele.  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Inkognito. (Operette).  
Volkshöhle, Th. a. Blöchl.  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
General York.

**Theater des Westens**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Leopoldine Konstanin in  
**Die Tänzerin.**

**Theater Königgrätzerstr.**  
8 Uhr: **Die Schwestern  
und der Fremde.**

**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Die Zarin.**

**Berliner Theater**  
7 1/2 U.: **Blitzblauer Blut.**

**National-Theater**  
Neu als gegeben. Lacherfolg!  
**8 Mänschen**

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Bambuletschen.**  
Wartenbühne: Aha! Was Neues!

**Th. i. d. Frankfurter Allee 313.**  
Die Künstler. Gartenbühne  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der große Erfolg!**  
**Was man aus  
Siebe tut!!**

Sonntag 4 Uhr: **Bunte Bühne.**

**Berliner Prater-Theater**  
Stationenallee 7-9.  
Täglich 5 Uhr in vollständig  
neuer Bearbeitung:

**Im Wolfentanzamer.**  
Große Rollen-Renns in 5 Bildern  
Baut die großart. Spezialitäten

**Trianon-Theater**  
Gef. Friederichstr. Ztr. 4927, 2901  
8 U. Zum 298. Male: **Der  
Schensschüler.**

Kaiser-Titz, Bildt, Flink,  
Sonnab. nachm. 7 1/2 U. kl. Pr.:  
**Schneewittchen.**  
Sonntag 4 Uhr: **Johannisfeuer.**

**Theater der Friedrichstadt.**  
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.  
Täglich 7 1/2 Uhr:

**Die erste Geige.**  
Sonnab. nachm. 3 1/2, kleine Pr.:  
**Jugend.**

**Reichshallen-Theater.**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
**Stettiner Sänger.**

Reichshallen-Saal 7 1/2 U.:  
Großes Blüthen-Konzert.

**Schweizergarten**  
Am Königstor  
Mit Friedrichshain 29-32.  
Orchester und schillerter Rotur-  
nisten-Verband. Heber 5000 Sit-  
zplätze. Saal für 1000 Personen.  
Täglich: Konzert, Theater,  
Spezialitätenvorstellung.  
Anfang Sonntag 4 Uhr.  
Sonntag 8 Uhr.

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Tragant  
Sajdah  
Deutsche Tänze  
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Cigaretten**  
1000 I B 88 M.  
1000 I P 130 a. M.  
1000 I P 135 m. Gold  
Versand gegen Nach-  
nahme oder Vorbein-  
sendung nur sortiert zu  
gleichen Teilen. Auch  
von 100 Stück an.  
Nur an Verbraucher  
und Gastwirte.

**Fredy, Cigaretten-  
Vertrieb Norden,**  
Berlin N 54,  
Brunnenstraße 17.  
Fernruf Norden 2943.  
Geöffnet ununter-  
brochen von 1/9-6 Uhr.

**Trauer-  
Bekleidung**  
für Damen und  
Mädchen.  
Stets wohlau-  
gestattete mo-  
derne Lager.  
**Oskar Wollburg**  
Brunnenstr. 56/57  
Geöffnet 1906.

**Theater für Dienstag, 25. Juni.**

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin.**

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Zar und Zimmermann**

**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

**Kleines Theater**  
8 U.: **Aristid und seine Fehler.**  
Bassermann.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Komische Oper**  
7 1/2 U.: **Schwarzwaldmädel.**

**Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr:  
**Die blonden Mädels v. Lindenhof**

**Residenz-Theater**  
7 1/2 U.: **Flimmerklärchen**

**Schiller-Theater O**  
7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.**

**Schiller-Th. Charl.**  
7 1/2 Uhr: **Der Leibalte.**

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Unter der blühenden Linde**

**Theater am Nollendorfplatz**  
7 1/2 Uhr:  
*Sei also Trübsal*

**DER „HIAS“**  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Morgen Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr  
**Familien- und Schüler-Vorstellung**  
zu kleinen Preisen  
**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg



Eintritt 1 M., Sonntags bis 2 Uhr u. Montag 2 M.

Im Künstlerhaus, Bellevuestraße 3  
**morgen Mittwoch 6. Vortragsabend.**

Dr. Barouche D. Drangel-Reval:  
Eilands Bodenschätze.  
Prof. Dr. G. Schneider-Reval:  
Der Fischreichthum des baltischen Gebiets (mit Lichtbildern).  
Numerierter Platz 2 M., unnumerierter Platz 1 M.  
Eintrittskarten zu haben bei Insulidenamt, A. Beckheim, an  
der Ausstellungskasse u. abends an der Kasse im Künstlerhaus.  
Beginn der Vorträge 8 Uhr abends.

Im Zirkus-Busch-Gebäude.  
Gastspiel ab Sonnabend, 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr.  
**SARRASANI**

500 Personen x Das Sarrasani-Ballett x Massen-  
chöre x Turnseilläufer x Turner an 20 Meter  
hohen Masten und am schwebenden Bambus x  
Matrosenfeste x Explodierende Worte x U-Boote  
Zappeline über London x Die Baralong-Tragedie  
Auto und Schnellzug im Wettlauf x Das Riesen-  
fest der deutschen Orden.  
Alles in allem: Das Massenmanöverschaustück  
**TORPEDO-LOS!**

Im Zirkus-Busch-Gebäude. [292/17  
Ab Sonnabend, 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr.

**Kluge  
Handwerker**

bereiten sich vor für den  
neuen gewerblichen Auf-  
schwung, erhöhen jetzt ihre  
Kenntnisse und Fertigkeiten  
und sichern sich damit eine  
**gute Existenz oder  
glänzende Stellung.**  
Verlangen Sie von mir so-  
fort umsonst einen illu-  
strierten Katalog über  
anerkannt gute, erprobte  
und lehrreiche Fachbücher,  
die Sie in Ihrem Berufe för-  
dern und vorwärtsbringen.  
Für jedes Handwerk.  
An Militär nur gegen Ein-  
sendung von 25 Pf. für  
Porto, da Versand als Feld-  
post nicht möglich. Beruf  
genau angeben. Carl  
Herrn. Ludwig, Bres-  
lau 23/147.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstr. 20

**C. G.**  
amisch. Babn. Alexanderplatz u  
Solltebrück. - Amt Kat. 8298  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenkass.

**Spezialarzt**

Dr. med. Koeben für  
Geschlechtskrankheiten,  
Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
nervös. Schwäche, Blin-  
denkranks. Behandlung  
schnell, sicher u. schmerz-  
los ohne Berufsstörung  
in Dr. Homeyer & Co.  
Kons. Labor. f. Blutunters.  
Fäden im Harn usw.

Friedrichstr. 81, gegenüb.  
Königstr. 56/57, Rathaus,  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonntag 10-11.  
Honorar mäßig, a. Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

**Spezialarzt**

Dr. med. Reinhardt  
Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr.  
Syphilis, Harn-, Frauenleiden,  
Blutuntersuchungen, Modernes,  
erfolgreich. Heilverfahren. Teilz.  
Erlaubt 19. Sept. Hart. Preis 0,6000.  
nach anherhalb beschließen 1 M

# A. WERTHEIM

**Neuanfertigung**  
von Damen-, Herren- und Kinder-Kleidung  
aus zugegebenem Material in eigenen Werkstätten

**Umarbeitung**  
von Damen-, Herren-, Kinder-Kleidung und Wäsche  
aus zugegebenem Material.

Wenden von Herren-Kleidung. Umarbeitung in kleinere Größen  
**Preise für Wäsche-Umarbeitungen**

- aus 1 Damenhemd: 1 Kinderhöschen mit Langetten... von M. 2.25
- aus 1 Damenhemd: 1 Knabenhemd mit kurzen Ärmeln... von M. 2.50
- aus 1 Herrenhemd: 1 Knabenhemd mit langen Ärmeln... von M. 2.75
- aus 1 Damenhemd: 1 Mädchenhemd mit Langetten... von M. 2.85
- aus 2 Herrenhemden: 1 Herrenhemd... von M. 3.00
- aus 2 Damenhemden: 1 Damenhemd mit Stickerei... von M. 6.25
- aus 1 Damenhemd: 1 Untertaille... von M. 6.25
- aus 1 Damenhemd: 1 Damen-Beinkleid mit Stickerei... von M. 6.25

**Wiederherstellung**  
von Trikotagen und Strümpfen  
aus zugegebenem Material.  
Ersatz für Hals- u. Handpriesen  
Die Gegenstände müssen gewaschen und geplättet sein.

**Annahme zum Umfärben**  
von Kleidungsstücken, Decken, Stoffen, Bändern, Spitzen usw.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsbüro Berlin, N 51, Eichenstraße 83-85.  
Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 27. Juni 1918, abends 7 Uhr:  
**Versammlung**

der Metallarbeiter Groß-Berlins  
im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15, Saal 1.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über unsere Lohnbewegung.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

**Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!**

Donnerstag, den 27. Juni 1918, abends 8 Uhr:  
**Allgemeine Branchen-Versammlung**

im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15, Saal 1.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Schlichtungskommission.  
2. Verbands- u. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Kollegen, agitiert für diese wichtige Versammlung zum Wohle unserer Branche. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Donnerstag, den 27. Juni 1918, abends 8 Uhr,  
**Branchen-Versammlung**

der  
Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins  
im Lokal von Klement, Sophienstr. 6.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Reichsstadtsverordneten Kästel über:  
"Das Arbeitskammergesetz."  
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. 114/3  
Die Ortsverwaltung.

**Dura** das unfehlbare  
Einmachemittel

in Dosen, Lebensmittel, Obst- und Gemüseerhaltungen erhältlich  
Marga-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Cempelhof

**Was muß der Mann vor der Ehe wissen?**

Von R. Gerling. - 81. Tausend. Das Erwachen der Liebe und Wesen der Ehe. - Abstammung und Vererbung. - Die Entstehung der Menschen. - Das Verleben. - Die Vergangenheit des Mädchens. - Geschlechtskrankheiten. - Folgen in der Ehe. - Erziehung zur Ehe. - Wie soll die Frau beschaffen sein? - Wie lernt man das Mädchen kennen? - Brautnacht und Flitterwochen. - Das Benehmen des jungen Gatten. - Kinderlegen. - Vertrauliche Worte. "Wiener Montagszeitung": Gerling hat es meisterhaft verstanden, den Ton zu finden, der zum Herzen geht. Freimütig und offen, wie im vertraulichen Zwiesgespräch spricht der Mann zum Manne.  
Danke für alle die Lehren, die Sie in Ihrem trefflichen Buche in so hingebender und idealer Weise ausgesprochen haben. In den meisten Punkten habe ich erst durch Ihre lichtvollen Ausführungen Klarheit gewonnen. C. B., Lehrer. - Preis 2.60 M., Porto 20 Pf.  
**Orania-Verlag, Oranienburg bei Berlin 92.**

**Deutscher  
Transportarbeiterverband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin  
Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unser Kollege, der  
Hollkühler

**Gustav Engel**  
am 23. Juni im Alter von  
61 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 26. Juni, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Friedens-  
Kirchhofes, Nordend, Blan-  
kenfelder Straße, aus statt.

Ferner Rath unser Kollege,  
der Industriearbeiter

**Herm. Ruppert**  
am 22. Juni im Alter von  
60 Jahren.

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 26. Juni,  
nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Paul-  
Kirchhofes, Widensee, Dohna-  
gasse, aus statt.  
Ehre Ihrem Andenken!  
Um rege Beteiligung er-  
sucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband der  
Zimmerer Deutschlands.**

Zahlfeste Berlin und  
Umgebung, Bezirk 5.

Den Berufsgenossen zur  
Nachricht, daß unser lang-  
jähriges Mitglied

**Adolf Strobach**  
am 19. d. M. bei der Ar-  
beit tödlich verunglückt ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet  
am Mittwoch, den 26. Juni,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, an  
dem neuen Jakobikirch-  
hof in Reutlin, Hermann-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung er-  
sucht  
254/3 Der Vorstand.

Allen Freunden, er-  
worbene und Bekannte  
traurige Nachricht, daß  
unser Mann, unser  
Vater

**Gustav Jungbl**  
am 22. d. M., 104 Jhr.  
plötzlich und unerwartet  
scheiden ist. Diesem  
Nachricht an

**Marie Jungbl**  
nebst Kindern

Die Beerdigung findet  
Mittwoch, den 26. Juni,  
nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des  
Friedens-Kirchhofes, Noh-  
den, aus statt.

**Norddeutsche Gie-  
ßen-Genossenschaft**

c. G. m. b. H.  
Mittwoch, 27. Juni  
Mittwoch, 27. Juni

**Mohrröh**

ein 5 Pfund M. 1

**Verteilungsfen**

sind geöffnet täglich 12  
und 4-7, Sonntag-10.  
Grafstr. 78 (Gärtn.),  
Pankow, 19 (Röde Bage),  
Pankowstr. 3 (beim holl-  
steinischen),  
Wilhelmsbadener (70  
Königs),  
Soyenbagger Str. 1  
(Schönhauser Allee),  
Petersburger Str. 1a  
(Frankfurter Allee),  
Vorhager Str. Nähe  
Waldauer Straße),  
Kottbuer Straße Nähe  
Kochstraße),  
Kurfürstenstraße 148  
(Kottbuer Straße),  
Wilhelmsdorf: Weg 28,  
am Ringbahnhof,  
Charlottenburg: Steu-  
straße 1 (Bf. Scharlag),  
Knobelsdorffstr. 50  
Sophie-Charlotte-Platz  
Neutölln: Kaiser-Fried-  
straße 15.

Neue Mitglieder neu  
noch aufgenommen werden  
Scheidungsverbraucher. Sen-  
handel ausgeschlossen. Wes  
in den Verteilungen  
mehrend abiger Geschäften  
und im Verwaltungslan  
der Norddeutschen Gie-  
ßen-Genossenschaft, Gie-  
straße 27, III. Stad, Bin 76  
(b. Jirass Luß), tägl. v.-7.

**Zahngebis,**

Platin, Gr. 7,60, Su,  
Klinge, Besteck Fou  
Frau Wagner  
Kaiserstr. 18 I (Kriegend).

Deutschlands älteste Lokomotive.

Der Berliner Dampfwagen.

Das Mittelalter der Menschheitsgeschichte reicht bis in das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts. Erst mit dem Jahre 1830 beginnt die Neuzeit. Damals fand die Eröffnung der ersten großen Eisenbahnstrecke statt, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt war.

Angeführt der bestglücktesten Gile, mit der das Dampfwerk sich die ganze Erde erobert, in der die Eisenbahn das Leben unserer Zeit geradezu revolutioniert hat, vergessen wir nur zu leicht, daß noch nicht einmal ein Jahrhundert verstrichen ist, seit zwischen Stockton und Darlington im Jahre 1825 der erste Eisenbahnzug lief.

Als ich im Jahre 1865 oder 1866 als 12jähriger Junge ausgerückt war, bewaffnet mit Federbügel, Wefen, Erbse, Nüsse und Tragkorb, da brachte ich abends mehr als einen Himpen Buchstaben nach Hause und hatte einen Taler verdient. Der Förster im Nachbar-dorfe kaufte sie zu Saatweiden für Waldgärten.

Anfang Juni 1816 war das technische Wunderwerk fertig und begann in Berlin Probe- und Schaufahrten. Nach Angabe von Feldhaus meldeten die Berliner Nachrichten vom 16. Juni, daß der „Dampfwagen“ täglich vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 8 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 4 Groschen vorgeführt würde.

Lokomotive. Denn als sie in Schlefien anlangte, stellte sich heraus, daß die Spurweite der Räder nicht zu den Gleisen in der Königs-hütte paßte. Man konnte die Maschine also nicht in Betrieb nehmen. Als bald ist sie verschollen. Infolge des eigenen Unsterns, der über dieser Lokomotive schwebte, wäre uns auch beinahe jede Kunde über ihre äußere Gestalt verloren gegangen.

Buchekern-Buchöl!

Tom H a r z e wird uns geschrieben: In diesem Jahre ist eine sehr reiche Buchekernernte zu erwarten. Die Buchwäldungen tragen hier überall so viel, daß die Zweige niedergebängen.

Vollmacht! Auch der Frost in den letzten Wochen scheint nicht gekühdet zu haben. Wer wird in diesem Jahre die schönen Früchte ernten? Im Regillon ist zu lesen, daß in einem Zentner Buchekern 17 Pfund Del stecken. Ein hier wohnender Delmüller sagt: gutes Buchöl ist gleich Rohnöl oder guter Mutter.

Als ich im Jahre 1865 oder 1866 als 12jähriger Junge ausgerückt war, bewaffnet mit Federbügel, Wefen, Erbse, Nüsse und Tragkorb, da brachte ich abends mehr als einen Himpen Buchstaben nach Hause und hatte einen Taler verdient. Der Förster im Nachbar-dorfe kaufte sie zu Saatweiden für Waldgärten.

„Doch der Mensch fragt stets: Warum, Wenn er sieht, daß etwas dumm.“

Eines Tages nahm ich ein Bettlaken mit, breitete es unter einem Baume aus, stieg rauf, schüttelte und klopfte auf die Zweige. Aber die neue Methode erwies sich als nicht rentabel. Das Buch sah zu fest in Kapiteln.

Endlich war meine Mutter mit der Sandarbeit fertig, und sie half mir fegen und sieben. Eines Tages schien es mir, als ob jetzt mehr rumter gefallen wäre. Den Tag darauf nahmen wir ein sehr großes Laken und einen Wollack mit. Es war kalt geworden, es hatte geregnet. Im Ru war ich oben in der Buche, trampelte und schüttelte und das Buch rasselte die herunter. Auf dem Tische lagen 8-10 Pfund reine schöne Ware, nebenbei im Laube lag noch viel mehr, das ließen wir aber ruhig liegen.

Das hat also das arbeitende Volk auf dem Lande in diesem Herbst zu tun? Es sollte Genossenschafts-Kolonnen bilden, gefalbt mit einem Tropfen sozialistischen Oels, von 10-12 Männern und Frauen. Man besorge sich möglichst große Planalen sowie eine einfache Kornreinigungsmaschine mit Handbetrieb und gehe in den Wald, wenn die Ernte reif ist.

tuch. Jetzt heißt es: schütteln und mit dem Fuß auf die Zweige treten. Feste! Und noch einmal, und so immer höher bis in die Spitze. — Dann kommt es aber, wie aus den Knopfsäckern.

Während der eine Mann runter steigt, klettert der zweite schon in den nächsten Baum usw. Ein paar Männer oder Frauen bedienen die Reinigungsmaschine, die man sich für Geld und gute Worte von einem Landwirt mieten kann. Sonst muß man werfen.

Wie sagt Goethe:

„Ein solch Gewimmel möcht' ich seh'n, mit freiem Volk bei Rutterbüchen steh'n.“

Ober der Franzose Dupont:

„Del tut uns not, Del muß man haben, Die Luft und Wasser tut es not, Wir sind des alten Herrgotts Raben, Weil wir ja keine Butter haben.“

Die Münchener Klose-Woche.

Die Münchener Komponisten kommen in die Wochen. Natürlich nur die ohnehin „gestellten“, die solche Ehrungen kaum mehr nötig haben wie Pfitzer, dem ein fanatischer Freundeskreis im Vorjahr eine Pfitzer-Woche bereitet, wie der 55jährige Friedrich Klose, im Nebenamt Kontrapunkt-Lehrer an der Akademie der Tonkunst, dem eine Münchener Tageszeitung eine musikalische Ehrentoche arrangierte.

Der Ueberblick über das wenige quantitativ wie inhaltlich reiche Tonchaffen des ganz auf Pathos, Ausdruck und seelische Charakteristik gestellten Münchener Meisters bewies, wie sein Weg allgemach von Wagner weg zu einer Art kosmischer Mythik führt. Ehrlichkeit, Schaffen aus innerem Schauen und Erleben, Gradlinigkeit des musikalischen Fühlens, echt deutscher Idealismus, klüner Wagemut im Erweitern des Formgebietes zeichnen Moses Werke aus, von denen das musikalische Märchen „Jisebill“, er nennt es „dramatische Sinfonie“ längst einen Ehrenplatz im Spielplan erster deutscher Bühnen hat.

Die meisten Freunde erwarteten sich Klose mit seinem schönen, reichen Streichquartett in Es-dur; Bewunderung vor dem hohen Flug der musikalischen Gedanken erregte die erste deutsche Ausführung des abendfüllenden Chorwerks „Der Sonne-Geist“ nach einem mystischen Gedicht Romberts. Intellekt-Romantik Dehmelscher Prägung, nicht reiflos von der Musik aufgezogen, aber doch durch den Farbenreichtum des großen Instrumentalapparates, durch die Klangschönheit der Chöre starker Massenwirkung sicher.

Notizen.

— Musikchronik. Das 3. Konzert des R. R. Hofopern-orchester wird im Julius-Buch wiederholt. Zur Aufführung gelangt der Kaisermarsch mit Chor von Wagner und die IX. Sinfonie von Beethoven. Um auch weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, das berühmte Orchester zu hören, werden die Preise von 0,50—10 M. festgesetzt.

— Paul Schleichers Theaterwörterbuch wird nach einer Mitteilung von Julius Klose im nächsten Winter in einem Buch Auszug finden, das aus den wichtigsten Besprechungen des vorstehenden Theaterwörterbuchs zusammengestellt wurde, den Titel „Deutsches Theaterwörterbuch — Ereignisse und Gestalten“ haben und in E. Fehlers Verlag erscheinen soll.

— Das Jubiläum einer Zeitschrift. Die im Verlag von J. J. Weber in Leipzig erscheinende „Illustrierte Zeitung“ begeht am 29. Juni das Jubiläum ihres 75-jährigen Bestehens. Im Jahre 1842 wurde sie von dem Deutsch-Schweizer Johann Jakob Weber im Zentrum des deutschen Buchhandels als erste deutsche illustrierte Wochenzeitschrift begründet.

— Ein neuer Doktor. Der Mitteleuropäische Verband akademischer Jugendvereine hat in seiner Eingabe an den preussischen Landtag für die technischen Hochschulen um das Recht der Doktorpromotion für Nationalökonomie nachgesucht. Die neuen Doktoren sollen „Doktor der Volkswirtschaft“ oder so benannt werden. (Uebrigens kennt die Münchener Universität bereits längst einen Dr. oec. publ. und Straßburg einen Dr. rer. pol.)

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von B. St. Raymond.

„Moritz! Jetzt hast du genug gelassen, gehen wir nach Hause, ein wichtiges Geschäft.“ flüsterte Karl. Er war zum Neubersten gebracht, weil Moritz, völlig betrunken, mit dem Gesicht in den Händen, starr dafah und auf alles, was er hörte, immer nur wiederholte:

„Ich bin Moritz Welt, Piotrkower 76, erster Stod. Scheren Sie sich zum Teufel.“

„Herr Kohn, ich hätte ein kleines Anliegen an Sie.“ sagte Worowiecki.

„Wieviel brauchen Sie!“ Er schmagte mit der Zunge, schnalzte mit den Fingern und zog schon seine Brieftasche hervor.

„Sie orientieren sich rasch!“ Worowiecki lächelte.

„Ich bin Leo Kohn! Wieviel?“

„Moritz wird es Ihnen morgen sagen. Ich wollte mich nur vergewissern, danke.“

„Mein ganzer Kredit, meine ganze Kasse stehen zu Ihrer Verfügung.“

„Vielen Dank. Termin drei Monate, nicht länger.“

„Wer red' von Termin? Unter Freunden so eine Kleinigkeit, wie heißt?“

„Arzt mit Sodawasser“, brummte Moritz.

Als er es ihm gebracht hatte, trank er es direkt aus dem Siphon.

„Schube, sag' doch die Wahrheit, was kost' dich deine Pepi?“ flüsterte jemand hinter Karls Rücken.

„Teuere Ware, wenn du's jetzt kaufen willst.“

„Werde die Versteigerung abwarten. Aber sag' doch, was kostet dich das? Weißt, in Lodz spricht man von tausend Rubel monatlich.“

„Wieviel? Tausend, vielleicht fünf, — weiß nicht.“

„Zählt du nicht?“

„Breitlich zahl' ich, Klobig zahl' ich — mit Wechseln. Die Wohnung ist mit 'nem Wechsel bezahlt, die Möbel mit 'nem Wechsel, die Modistin mit 'nem Wechsel, — alles mit Wechsel.“

Wie soll ich wissen, was das zusammen ausmacht? Ich werd es erst wissen, wenn ich so weit bin und sehen werde, was man für hundert nehmen wird. Jetzt weiß ich nichts.“

„Weißt, das ist genial!“

„Hören Sie, Herr Kohn, was man da hinter uns spricht?“

„Ich höre, ich höre. Das ist eine große Dumpigkeit, aber is' geschick, aj, aj, wie geschick!“

„Soll ich nach Hause fahren?“ fragte Moritz.

„Sofort, ein sehr dringliches Geschäft.“

„Wenn's ein Geschäft is', dann bin ich fast nüchtern. Los!“

Karl ging hinaus, Moritz am Arm führend. Jener wackelte auf den Beinen und konnte das Gleichgewicht absolut nicht wiederfinden.

Durch die offene Tür strömte Gesang und Geschrei heraus wie eine Welle, ergoß sich in den stillen, dunklen Hof und gerschekte in nächster Ferne.

Die Morgenröte zog schon über Lodz heran. Ein schöner Tag kündigte sich an.

Moritz atmete aus voller Brust die kühle Luft ein und kam immer mehr zu sich.

„Ich kann mich nicht entsinnen, weißt Du, daß ich mich je so betrunken hätte.“

„Du trinkst Tee mit Zitrone, dann wirft Du gleich nüchtern. Eine Ueberaschung habe ich für Dich, Du wirft Dich gleich aus lauter Freude wieder betrinken wollen.“

„Na, da bin ich aber neugierig.“

Ohne Mattias, der auf den Knien vor dem Ofen schloß, zu wecken, goß Karl Wasser in den Samowar und zündete das Gas an. Moritz erndüchtere sich sehr radikal. Er schüttelte sich kaltes Wasser über den Kopf, wusch sich und toant ein Glas Tee nach dem anderen.

„Na, ich bin fertig. Zum Teufel, wie's mich friert.“

„Raz!“ schrie Worowiecki, unterdessen Baum aus allen Kräften schüttelnd; aber jener rührte sich nicht.

„Da hilft nichts. Wie ein Dachs schläft er. Uebrigens habe ich es so eilig, daß ich nicht länger warten kann. Dies die Depesche aufmerksam, Moritz. Die Adresse darfst du nicht ansehen.“ bat er sich aus, ihm das Telegramm herüberreichend.

„Ja, ich verstehe aber gar nichts — es ist ja chiffriert.“

„Stichtig, ich lese es Dir gleich vor.“ Und er begann langsam und mit Nachdruck zu lesen, Ziffern und Daten be-fonders betonend.

Moritz wurde ganz nüchtern. Bei dem ersten Wort sprang er vom Stuhl auf und verschlang den Inhalt des Telegramms mit den Augen und seiner ganzen Person. Als Karl fertig war und triumphierend zu ihm ausschaute, stand Moritz regungslos da, schon gang in das Geschäft vertieft. Ein paar mal versuchte er, den Kneiser, der absolut nicht sitzen wollte, auf seiner Nase festzulegen, lächelte so süß, als ob er eine Gestecke vor sich hätte, zerrte nervös an seinem schönen Bart und sagte endlich leise:

„Weißt Du, Karl, wir haben eine Zukunft vor uns. Wir sind reiche Leute. Das Telegramm ist hunderttausend Rubel wert. Na, sagen wir fünfzig, mindestens. Wir können uns umarmen bei dieser Feier! Das für a Geschäft! Das für a Geschäft!“

„Er ging auf Worowiecki zu, um ihn in der freudigen Aufwallung herzlich zu küssen.“

„Lach das, Moritz, bares Geld brauchen wir jetzt und keine Umarmungen.“

„Nichtig, du hast recht, Geld brauchen wir jetzt, Geld.“

„Je mehr wir kaufen, um so mehr verdienen wir.“

„Was wird das in Lodz geben. Aj! Aj! Wenn Schaja, wenn Buchholz davon erfahren, wenn sie es rasch genug aufkaufen, dann können sich die andern freuen. Wo hast du das eigentlich hergekriegt?“

„Das ist Geheimnis, Moritz. Das ist meine Belohnung.“

„Er dachte an Luey und lächelte.“

„Dein Geheimnis ist dein Kapital. Eins wundert mich aber.“

„Was denn?“

„Ich hätte es von dir nicht gedacht. Ich red' ganz offen. Ich hätte nicht gedacht, daß du bei so einem Geschäft, das du allein in Händen hast, mit uns teilen wolltest.“

„Du kennst mich eben nicht.“

„Weißt du, nach dieser Lausache kenn' ich dich noch weniger.“

und er schaute ihn an, als ob er eine List witterte. Er konnte es nicht begreifen, daß jemand freiwillig einen Verdienst mit anderen teilen wollte.

„Ich bin Arier, und du Semit. Das ist die Erklärung.“

„Ich sehe es nicht ein, ich verstehe nicht, was Du damit sagen willst.“

„Woh' das: ich will Geld machen, aber für mich hört die Welt nicht mal bei den Millionen auf, und Du siehst im Geldmachen Dein Lebensziel. Du siehst das Geld des Geldes wegen und kommst zu ihm durch Rücksichtslosigkeit, ohne Dich um die Mittel zu scheren.“

„Weil jedes gut is', das dazu verhält.“

„Das is' eben semitische Philosophie.“

„Auf was hast du nötig Rücksicht zu nehmen? Gerade so 'ne Philosophie ist keine ansche, noch semitische, es ist einfach kaufmännische Philosophie.“

„Na, es ist gleich, wir können ja ein andermal darüber reden. Deshalb teile ich mit Euch, weil Ihr meine Kompagnons seid, meine alten Freunde. Uebrigens treibt mich schon mein Ehrgeiz dazu, Freunden Dienste zu erweisen.“

„Ein toller Ehrgeiz.“

**Wittesser**  
Büchel, auch die bür-  
nächigste, fettig-  
gunde, großporige Haut und  
sonstige Hautunreinigkeiten wer-  
den am besten durch meine  
seit 25 Jahren bewährten Spezial-  
mittel beseitigt. M. 2,50. Zur  
gleichzeitigen inneren Starke des  
Schnitts Blutreinigungspulver  
M. 2.—. **Otto Heichel**,  
Berlin 42, Eisenbahnstr. 4.

**Im Eigenhause**  
**billiger als in der**  
**Mietswohnung.**  
Wie erhält man 72/5?  
Bankkapital und Hypotheken.  
Ein Buch 2. Lust- u. Planm. mit  
mit 225 Abbild. Hausbeisp.  
Von Kgl. Bauinsp. Flur ist das  
110 Tausend erschienen. Preis  
M. 2.50. geb. M. 4.— von  
„Heimkultur“, Wiesbaden.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 10**  
**Engelufur 5.**  
**Tabak - Großhandlung und Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kau-, Schnupftabak, Zigarren, Zigaretten  
Bis auf weiteres:  
**Geschäftszeit 8—11 und 3—6 Uhr.**  
Fernsprecher: Ami Moritzplatz 3014.

**Jwezzett-Rasierpulver**  
gibt prächtig, steifen, haltbar. Schaum, erweicht  
die Barthaare. Dose 1,50. J.W. Zimmer, Frankfurt a.M.

**Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?**  
Sämtliche Systeme am Lag.  
resp. nach Maßanfertigung sowie  
**Bruchbandagen** aller  
**Artikel z. Gesundheits- und Krankenpflege.**  
**Pollmann, Bandagist,**  
Berlin N., Lothring. Str. 60.  
Lieferant für Krankenkass.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laabs**  
bes. schnell, gründl., mögl.  
schmerzlos u. ohne Verwundung.  
Geschlechtskrankheit, geheime  
Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
Schwäche, Erbsenleiden, Nerven-  
Horn- und Blutuntersuchung.  
**Königstr. 84/86,** Bahnhof-  
Alexand. Str. 10—11, 5—8, Sonnt. 10—11

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Hasche**  
bietet am  
Friedrichstr. 90  
Behandlung von Syphilis, Haut-  
Horn-, Frauenleiden, 100%  
Horn-Röde. Schmerzlose, sorgfältige  
Behandlung. Ohne Verwundung.  
Blutuntersuchung. Nach Besuche  
Zurückzahlung. Sprechstunden 11  
bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

**Verkaufe**  
Sommerkleider 37,00, Kleider-  
röcke 22,50, Teppiche, Kissen-  
matten 42,00, Seidenmatten, Rei-  
fendornen, 76,00, Kall-  
weil, Charlottenburg, Bismarck-  
straße 59, 11. 1238\*

Verkehrsmittel, größte Aus-  
wahl, Fahrräder, Schloßer, 26256\*

Nähmaschinen, Singer, 26256\*

Wägen, Motorwagen, kleine,  
große, wie neu, billig, Repara-  
turen prompt, Kaffee-  
maschinen, 6, vom hoch-  
wertigen, 638\*

Wägen, Motorwagen, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

Teppiche, Bettdecken, Ti-  
schdecken, Tischdecken, 26256\*

Wägen, Motorwagen, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

Wägen, Motorwagen, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Kaufesuche**  
Leim, auch pflanzliche, sowie  
Klebstoffe, alle Arten, in  
großen Mengen, 26256\*

Wägen, Motorwagen, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Möbel**  
Kleiderkasten, Vertiko, Spie-  
gel, Schilde, Sebastianstraße  
39, III. 25155

**Musikinstrumente**  
Mandoline 25, Violine, Laute,  
Klaviers. Preislaube 88, I.  
72/7

**Planinos**, billige Gelegen-  
heiten, 800,00 aufwärts, Klänge  
700,00 aufwärts. Krüger, Neue  
Königsstraße 31 (Alexand-  
erplatz). 2173\*

**Kaufesuche**  
Leim, auch pflanzliche, sowie  
Klebstoffe, alle Arten, in  
großen Mengen, 26256\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Wägen, Motorwagen**, alle Art,  
jetzt zu herabgesetzten Preisen!  
Umsatzverkauf, Silberwaren,  
Teichhaus, Wilsdorfstr. 7. 1073\*

**Auergesellschaft**  
Berlin O 17  
stellt ein:  
Maschinenschlosser,  
Mechaniker,  
Elektromonteur,  
Elektromonteur I. Trans-  
formatorenbau,  
energischen Lagerver-  
walter.  
Zu melden Einstellbureau Ehrenbergstraße, Ein-  
gang Stralauer Allee. 1021\*

Werkzeugmacher,  
perfekte Leitspindelreher  
Klempner,  
tüchtige Ankerwickler für  
Anker- und Transforma-  
torenwickeln,  
Arbeiterinnen.

**Kräftige Transportarbeiter,**  
ferner **Schmiedehelfer**  
sollt sofort ein 9172  
**Stock Motorflug, Niederschöneweide,**  
Berliner Straße 139.

**Schlosser und Klempner**  
selbständig arbeitend, möglichst mit Erfahrung im Flug-  
bau, für dringende Reparaturarbeiten zu sofort. Eintritt gesucht.

**Luftschiffbau Schütte-Lanz,**  
Zeesen bei Königswusterhausen.  
206/11\*

Zum sofortigen Eintritt gesucht: 70/15\*  
**Tüchtige Motoren Schlosser**  
**Selbständige Automobil-Monteur**  
**Universalfräser**  
Einige Kühler-Klempner.  
**Märkische Flugzeugwerk G. m. b. H.**  
Betriebsleitung, Fernsprecher 1810, Potsdam.

**Wäschereiarbeiter**  
1. Militärstr. 92, Land-  
berger Str. 92. 69/10\*

**Arbeiter,**  
nicht weberpflichtige Leute, für  
außerhalb gesucht. Zu melden  
bei Carl Brandt, Berlin W 9,  
Schellingstraße 7. 1\*

**12 Schmiedehelfer,**  
leichte Militärarbeit, sucht Schweiß-  
Glaser, Landberger Str. 92.

**Tüchtige ältere**  
**Schlosser**  
und 9052\*  
**Dreher**  
sowie  
**Fräser**  
für Universalmaschinen und  
**Hilfsarbeiter**  
werden sofort verlangt.  
**Maschinenfabrik Karl Vogeler,**  
Alt-Moabit 1,  
Am Lehrter Hauptbahnhof.

**Fahrradführerinnen**  
**Hausdienerinnen**  
erhalten sofort Anstellung.  
Meldungen von 8 1/2—10, 12—1/2, 1/3—1/4 Uhr.  
**A. Wertheim G. m. b. H.,**  
1138  
Leipziger Str. 132-137.

**Automobil- und**  
**Maschinenschlosser**  
Ältere, selbständig arbeitend, verlangt sofort  
**Berliner Automobil-Zentrale**  
Aktiengesellschaft, Schiffbauerdamm 35.

**Geschichte Handwerker**  
zum Anlernen für die Herstellung von Werkzeugen  
und das Einrichten der Schneid-, Bohr-, Zieh-  
und Drehpressen gesucht.  
Meldungen schriftlich mit Angabe der bisherigen  
Tätigkeit, des Alters und der Wohnverhältnisse an  
**Werkzeugfabrik, Berlin NO 43.** 9842

**Wir suchen für unseren Betrieb**  
**ungelehrte Arbeiter u. Platzarbeiter**  
in größerer Zahl, ferner  
**Dreher, Schlosser, Lokomotivführer,**  
**Rangierer, Heizer,**  
**Werkzeug-, Bau- und Rohrschlosser,**  
**Rohrleger, Tischler, Rottenarbeiter.**  
Arbeiterannahmestelle der Pulverfabrik Premnitz,  
Rathenow, Bahnhofstr. 22. 12/1\*

**Tüchtige Motoren-**  
**schlosser**  
verlangt 9281\*  
**Argus-Motoren-**  
**Gesellschaft,**  
Berlin-Reinickendorf.

**Wir suchen einen tüchtigen, selbständigen**  
**Grundrieger an Schilderleuten.**  
Antritt für sofort od. bald. Schriftl. od. verbal. Angebote  
an **Albert Spieslecke, G. m. b. H.,** Fabrik für Gold-  
u. Polierleuten, Berlin, Bergmannstr. 192. 2988\*

**Bücher** gesucht.  
Vartung Aktiengesellschaft,  
Berlin-Charlottenburg,  
Hertzstraße 127/28.  
**Kutscher,** militärfrei,  
sofort verlangt.  
**Berliner Wägen- u. Karren-  
W 10, Friedrich-Wilhelmstr. 3.**  
**Porzellanfabrik**  
die in Porzellanfabriken tätig  
war und tätig ist, wird Personal  
angelernt,  
sofort  
**Pharm. Fab. Oberpree**  
Berlin-Charlottenburg,  
Colonnadenstr. 34. 1011.  
Junge Mädchen für leichte  
Handarbeit, 9021.  
Küstermann, Ritterstr. 11.  
**Briefumschlagfabrik**  
Schwan & Co., Wilsdorfstr. 23/24  
sucht tüchtige Kuvertarbeiterinnen  
und Gummirbeiterinnen. 25208  
Durchlasserinnen, nur ge-  
übte, Dampfmaschinen- u. Sa-  
nitas, Kottbuser Ufer 32.

**Zigaretten-Maschinenführer**  
vollständig militärfrei, langjährig tätige, selbständig  
arbeitend, für unseren Zweigbetrieb (Glatzstr. 61  
der sofort gesucht zur Bedienung neuer, moderner  
U.-M.- und Zigarettenmaschinen. 217/4\*  
**Zigarettenfabrik Massary,**  
Berlin, Glatzstr. 7.

**Schreibgewandte Lagerarbeiter**  
haben dauernde Beschäftigung.  
**Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H., Tempelhof,**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 52-54.

**Fässer**  
**Zuschlagen**  
9272\*  
geeignete Männer, die zum Untertan bereit,  
oder **Böttcher** sucht  
**Chemische Fabrik Habels G. m. b. H.,** Berlin N.,  
Frankenstraße 7.

**Zeitungsdrucker**  
für den „Vorwärts“ wird ein-  
gestellt. Bittend für Anstellung.  
Schriftl. Angebote an  
Wartenbergstr. 1,  
Witzlebenstr. 11-1/2, u. 4 1/2-7 Uhr

**Reparaturschlosser**  
**Gießerei- und**  
**Preßwerksarbeiter**  
sucht 8942\*  
**Stahlwerk Bothe**  
Berlin-Weißensee,  
am Industriebahnhof.

**Schlosser**  
**Motorenschlosser**  
**Monteure**  
suchen ein  
**Norddeutsche Flugzeug-Werke**  
Berlin-Tempelhof, 9081\*

Wir suchen zum baldigen Eintritt  
eine durchaus zuverlässige, ge-  
wandt rechnende  
**Betriebsbeamtin**  
mit leichter Auffassung. 9762  
Persönlich vorzusprechen **Mittwoch, den**  
**26. d. M.,** zwischen 10—12 Uhr vormittags.  
**Benz & Cie., A.-G.,**  
Charlottenburg, Salzufer 2—3.

**Austrägerinnen**  
für den „Vorwärts“  
worden eingestellt in folgenden Filialen  
**Berlin:** Markusstr. 36,  
Prinzenstr. 31, Hof rechts part.  
Lindenstr. 3.  
**Schöneberg:** Meining. Straße 9.  
**Charlottenburg:** Sosenheimer Str. 1.  
**Borsigwalde:** Kienast, Müsch-Str. 10.  
Meldeszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.  
**Tempelhof:** Ueckermann,  
Kaiser-Wilhelm-Str. 74.  
**Lichtenberg:** Wartenberg-Straße 1  
und Alt-Boxhagen 56.  
**Weißensee:** Wastelowsk,  
Berliner Allee 11.

**Reparaturschlosser**  
**Gießerei- und**  
**Preßwerksarbeiter**  
suchen ein  
**Norddeutsche Flugzeug-Werke**  
Berlin-Tempelhof, 9081\*

**Schlosser**  
**Motorenschlosser**  
**Monteure**  
suchen ein  
**Norddeutsche Flugzeug-Werke**  
Berlin-Tempelhof, 9081\*

**Briefumschlagfabrik**  
Schwan & Co., Wilsdorfstr. 23/24  
sucht tüchtige Kuvertarbeiterinnen  
und Gummirbeiterinnen. 25208  
Durchlasserinnen, nur ge-  
übte, Dampfmaschinen- u. Sa-  
nitas, Kottbuser Ufer 32.